

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz*
Quo vadis 3-%-Ziel für Forschung und Entwicklung?
Sachsen gut dabei
- *Christian Thater*
Regionale Differenzierung der Subventionen für
Kindergarten-Plätze in Deutschland
- *Wolfgang Nierhaus*
Perspektiven 2008/2009: Deutsche Wirtschaft
im Abschwung
- *Jürgen Riedel*
Politische und wirtschaftspolitische Entwicklungs-
faktoren der Slowakischen Republik

Im Blickpunkt

- *Wolfgang Nagl*
Zur Angleichung der Rentenwerte in Ost- und
Westdeutschland

15. Jahrgang (2008)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 6/2008

Aktuelle Forschungsergebnisse

Quo vadis 3%-Ziel für Forschung und Entwicklung? Sachsen gut dabei

3

Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz

Aktuelle Bestandsaufnahmen über den Erfüllungsgrad des 2002 in Barcelona vom Europäischen Rat gefassten Beschlusses, bis zum Jahr 2010 in der EU 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufzuwenden, lassen erkennen, dass dieses Ziel innerhalb der verbleibenden Zeit nicht erreicht werden kann. Das europaweit günstige Wachstumsklima der letzten Jahre bot Staaten und Unternehmen die Chance für verstärkte Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation. Zwar machten einige EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, leichte Fortschritte in Richtung 3%-Marke, aber im EU-Durchschnitt dauerte die Stagnation bei deutlich unter zwei Prozent an. Das Ergebnis für Deutschland insgesamt wird durch die Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern geprägt. Der vorliegende Beitrag fokussiert auf das Innovationsverhalten des verarbeitenden Gewerbes im West-Ost-Vergleich.

Regionale Differenzierung der Subventionen für Kindergarten-Plätze in Deutschland

14

Christian Thater

Kinderbetreuung kommt in der Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine herausragende Bedeutung zu. Für Kinder im Kindergartenalter existiert sogar ein gesetzlicher Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Obwohl diese Plätze öffentlich angeboten werden müssen, schwanken die erhobenen Gebühren regional erheblich. Mit dem vorliegenden Beitrag soll versucht werden, diese Gebührenheterogenität mittels ausgewählter ökonomischer Determinanten zu erklären.

Perspektiven 2008/2009: Deutsche Wirtschaft im Abschwung

21

Wolfgang Nierhaus

Im Herbst 2008 befindet sich die Weltwirtschaft im Abschwung. In einer Reihe von Industrieländern droht die Wirtschaft in eine Rezession abzugleiten. In den USA deuten viele Indikatoren auf eine sehr schwache konjunkturelle Grundtendenz hin; in Westeuropa sind die Frühindikatoren in den vergangenen Monaten drastisch gefallen, und die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte nicht mehr. Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst des Jahres 2008 am Rande einer Rezession. Zahlreiche negative Schocks aus dem Ausland hatten bereits eine Eintrübung des Konjunkturklimas bewirkt, und mit der Zuspitzung der Lage an den Finanzmärkten haben sich die Aussichten deutlich verschlechtert.

Politische und wirtschaftsgeographische Entwicklungsfaktoren der Slowakischen Republik

26

Jürgen Riedel

Der vorliegende Beitrag befasst sich erstens mit dem Vergleich der sozioökonomischen Entwicklungen zwischen der Slowakei und den anderen neuen östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Anhand makroökonomischer und anderer Indikatoren wird der relative Erfolg der sozioökonomischen Entwicklung der Slowakei verdeutlicht. In einem zweiten Teil werden weitere Merkmale des slowakischen Entwicklungspfades aufgezeigt.

Im Blickpunkt

Zur Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland	35
<i>Wolfgang Nagl</i>	

Nachdem die Bundeskanzlerin Mitte dieses Jahres eine Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland angeregt hat, greifen zurzeit vor allem Politiker aus Ostdeutschland diesen Vorschlag im Rahmen einer Altersarmutsdebatte auf. Zur Angleichung der Ost-Renten werden im politischen Raum verschiedene Varianten diskutiert. Nach der Darstellung der Sachlage sollen in diesem Beitrag die beiden Varianten einer Rentenwertanhebung im Osten analysiert und eingeordnet werden, bevor abschließend eine knappe Darstellung des Vorschlags des Sachverständigenrates erfolgt.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich	38
Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest	40

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen	43
ifo Vorträge	43
ifo Veröffentlichungen	44
ifo intern	44

Quo vadis 3-%-Ziel für Forschung und Entwicklung? Sachsen gut dabei

Horst Penzkofer und Heinz Schmalholz*

Aktuelle Bestandsaufnahmen über den Erfüllungsgrad des 2002 in Barcelona vom EUROPÄISCHEN RAT gefassten Beschlusses, bis zum Jahr 2010 in der EU 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung (FuE) aufzuwenden, lassen erkennen, dass dieses Ziel innerhalb der verbleibenden Zeit nicht erreicht werden kann. Das europaweit günstige Wachstumsklima der letzten Jahre bot Staaten und Unternehmen die Chance für verstärkte Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation. Zwar machten einige EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, leichte Fortschritte in Richtung 3-%-Marke, aber im EU-Durchschnitt dauerte die Stagnation bei deutlich unter zwei Prozent an. Das Ergebnis für Deutschland insgesamt wird durch die Aktivitäten in den einzelnen Bundesländern geprägt. Der folgende Beitrag fokussiert auf das Innovationsverhalten des verarbeitenden Gewerbes im West-Ost-Vergleich.

Deutsche Wirtschaft schulterte höhere Investitionen in FuE

Nach den aktuell verfügbaren Daten stieg die FuE-Intensität von 2,46 % im Jahr 2005 auf 2,51 % im Jahr 2006, wobei diese Steigerung überwiegend von der Wirtschaft getragen wurde [REHBERG (2008), S. 7]. Laut EUROSTAT beliefen sich die durchschnittlichen Investitionen für FuE 2005 in der EU-15 auf 1,84 % des BIP. Für 2006 deuten die ersten Daten eher auf eine Stagnation in dieser Größenordnung hin. Allerdings gibt es gravierende Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. So haben Schweden mit einem BIP-Anteil der FuE-Ausgaben von 3,89 % und Finnland mit einem Anteil von 3,46 % das Ziel sogar überschritten. Andere Länder liegen dagegen weit zurück wie Italien und Spanien (je 1,1 %) sowie Großbritannien (1,78 %), wobei außer Slowenien (1,5 %) die Länder der beiden letzten Beitrittsrunden zum Teil deutlich unterhalb der 1-%-Marke rangieren.

Auch im innerdeutschen Vergleich zeigen die FuE-Intensitäten eine große Spannweite von 1,0 % bis 4,2 %, wobei neun Bundesländer einen Wert von unter 2 % aufweisen. Spitzenreiter bei der FuE-Ausgabenintensität ist Baden-Württemberg mit 4,2 %, gefolgt von Berlin (3,8 %) und danach mit größerem Abstand Bayern (2,9 %) und Hessen (2,6 %). Unter den ostdeutschen Flächenländern liegt Sachsen mit 2,3 % Anteil der FuE-Ausgaben am BIP

ganz vorn und nimmt unter allen 16 Bundesländern Rang 5 ein (vgl. Tab. 1).

Die gute Positionierung Berlins spiegelt die Tatsache wider, dass die Hauptstadt auf forschende Unternehmen einen starken Sog ausgeübt hat. Werden die Bundesländer nicht einzeln, sondern zu drei regionalen Gruppen zusammengefasst betrachtet, dann lassen sich unterschiedliche FuE-Intensitäten zwischen den Regionen durch die Unternehmensgrößenstruktur erklären, die die Ausgabenhöhe und die Anzahl des FuE-Personals determinieren. Der Osten (die fünf neuen Bundesländer und Berlin) weist einen deutlich höheren Teil des FuE-Personals in kleinen und mittleren Unternehmen auf, während der Nordwesten höhere Anteile bei Großunternehmen zu verzeichnen hat und der Süden bei der Gruppe der größten Unternehmen dominiert [LEGLER (2007), S. 13]. Über 68 % des FuE-Personals sind dort in Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten tätig (vgl. Tab. 2). Nach wie vor gibt es in Ostdeutschland immer noch sehr wenige forschende Großunternehmen, die dort auch ihren Hauptsitz haben.

Während in den alten Ländern der Wirtschaftssektor im bundesweiten Durchschnitt mit 69 % an den gesamten FuE-Ausgaben beteiligt ist, schwanken gerade mal Berlin, Sachsen und Thüringen um die 50-%-Marke. Stark überdurchschnittlich ausgeprägt im Osten ist demgegenüber der Anteil des Staatssektors, d. h. öffentliche und öffentlich geförderte Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung und Technik außerhalb der Hochschulen, der außer in Thüringen in den übrigen neuen Ländern den Bundesdurchschnitt von 14 % zum Teil um mehr als das Doppelte übertrifft. Hierin spiegelt sich das Bemühen der Politik wider, die ostdeutsche Wirtschaft reichlich mit öffentlichen FuE-Einrichtungen auszustatten, insbesondere mit einer FuE-Infrastruktur, die eng mit der Wirtschaft verbunden ist [LEGLER (2007), S. 12].

Innovatorenquote bundesweit gestiegen

Die Steigerung der FuE-Ausgaben muss nicht zwangsläufig zu kurzfristig spürbar höheren Innovationsaktivitäten

* Horst Penzkofer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München und Heinz Schmalholz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

Tabelle 1: FuE-Ausgabenintensität^a insgesamt und im Wirtschaftssektor 1995 und 2005 nach Bundesländern (in %)

Land	FuE-Ausgabenintensität		darunter: Wirtschaftssektor	
	insgesamt		1995	2005
	1995	2005	1995	2005
Baden-Württemberg	3,6	4,2	2,7	3,4
Bayern	2,7	2,9	2,1	2,3
Berlin	3,0	3,8	1,2	1,9
Brandenburg	1,3	1,2	0,5	0,3
Bremen	2,9	2,2	1,9	0,9
Hamburg	1,9	1,9	1,1	1,1
Hessen	2,2	2,6	1,7	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	0,9	1,4	0,2	0,3
Niedersachsen	1,7	2,2	1,0	1,5
Nordrhein-Westfalen	1,6	1,8	1,0	1,1
Rheinland-Pfalz	1,8	1,7	1,3	1,2
Saarland	0,9	1,0	0,3	0,3
Sachsen	1,9	2,3	0,8	1,1
Sachsen-Anhalt	1,3	1,2	0,5	0,3
Schleswig-Holstein	1,1	1,1	0,4	0,5
Thüringen	1,5	1,8	0,7	0,9
Deutschland	2,2	2,5	1,5	1,7

a) Ausgaben für Forschung und Entwicklung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen.

Quelle: Egetemeyr und Werner (2008), S. 21.

Tabelle 2: FuE-Personal im Wirtschaftssektor nach Unternehmensgröße (in %)

Unternehmen mit ... Beschäftigten	Osten	Nordwesten	Südwesten
unter 100	28,5	5,9	3,4
100 bis 249	15,5	7,3	5,4
250 bis 499	6,6	8,1	6,2
500 bis 999	6,0	9,3	6,1
1.000 bis 1.999	1,3	12,6	10,6
2.000 und mehr	42,2	56,8	68,3

Anm.: Osten = Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen; Nordwesten = Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein; Südwesten = Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland.

Quelle: Egetemeyr und Werner (2008), S. 21.

der Wirtschaft führen, da die Gewinnung neuen technologischen Wissens und seine Umsetzung in ein marktfähiges Produkt eine gewisse Zeitspanne in Anspruch nimmt. Möglicherweise ist der in der ifo Innovationserhebung für das Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr ermittelte Anstieg bei der Anzahl innovierender Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands um 3,7 Prozentpunkte auf nunmehr 62,5 % schon ein Ergebnis der Jahre zurückliegenden höheren FuE-Ausgaben. Die regionale Differenzierung der Innovatorenanteile zeigt, dass sowohl das verarbeitende Gewerbe in West- als auch in Ostdeutschland seine Innovatorenquote steigern konnte (vgl. Abb. 1). Während die westdeutsche Industrie einen Zuwachs von 3,6 Prozentpunkten aufwies, fiel die Steigerung in Ostdeutschland mit 4,3 Prozentpunkten höher aus. Auch die Innovatorenquote der sächsischen Industrie wuchs mit 4,4 Prozentpunkten in etwa gleichem Ausmaß und liegt immer noch leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt.

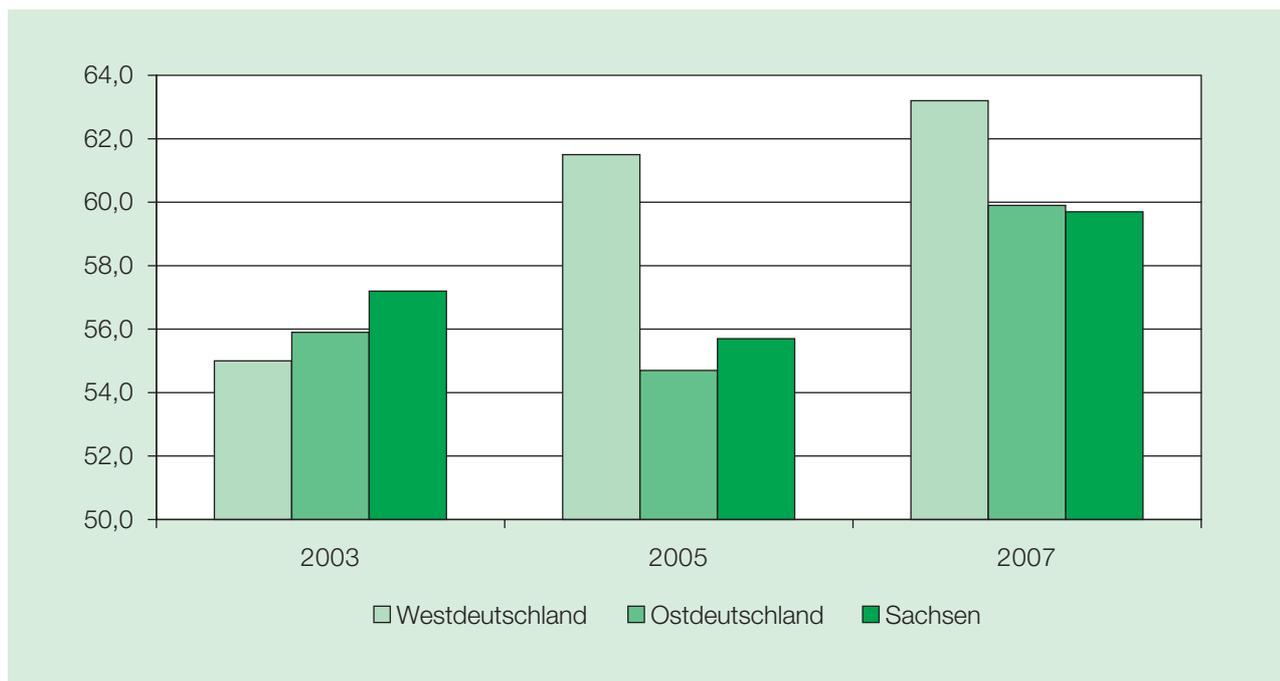
In Ostdeutschland arbeiteten 2007 nur 68,9 % der Industriebeschäftigten in innovativen Betrieben, während es in den alten Bundesländern 81 % waren. Trotz der ausgeprägten kleinbetrieblichen Struktur der sächsischen Industrie ergibt sich ein leicht über dem ostdeutschen Durchschnitt liegender Anteil von 69,1 % an Beschäftigten bei Innovatoren. In allen drei Beobachtungsregionen haben sich diese Anteile im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Im Bundesdurchschnitt lag dieser Wert 2007 bei 79,5 %.

Verbesserung der Umsatzstruktur infolge höherer Marktdynamik

Analysiert man den von den Unternehmen erzielten Gesamtumsatz danach, welcher Anteil jeweils auf Produkte, die sich in unterschiedlichen Lebensphasen befinden, entfällt, dann ist festzustellen, dass sich die nach diesen Kriterien gebildete Umsatzstruktur im Zeitraum 2003 bis 2007 deutlich verschoben hat (vgl. Abb. 2). Während 2003 der Umsatzanteil mit Produkten, die sich in der Markteinführungs- und Wachstumsphase befanden, in der westdeutschen Industrie knapp 34 % betrug, lag er 2007 über zehn Prozentpunkte höher. Ursächlich hierfür war die stetige Zunahme des Umsatzanteils von Produkten in der Markteinführungs- und in der Wachstumsphase. Die befragten Industrieunternehmen hatten somit im Beobachtungszeitraum mit ihren Produktinnovationen eine zwar moderate, aber stetige Steigerung der Wachstumsdynamik ihrer Absatzmärkte zu verzeichnen.

Die Umsatzstruktur der Unternehmen in den neuen Bundesländern hat sich in dem betrachteten Zeitraum der für die westdeutschen Unternehmen ermittelten Struktur weitgehend angenähert. Nur 2005 gab es sowohl beim Umsatzanteil mit Produkten, die sich noch in der Markteinführungsphase befanden, als auch beim Umsatzanteil von Produkten in der Wachstumsphase eine leichte Delle, der aber schon 2006 wieder eine Erholung folgte. Bei den ostdeutschen Industrieunternehmen erreichten 2007 beide Produktlebenszyklusphasen einen

Abbildung 1: Anteil innovierender Unternehmen (in %)



Quelle: Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: Umsatzstruktur im verarbeitenden Gewerbe (in %)



Quelle: Sonderfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

Anteil von 42,6 % am Umsatz. Der Anteil von Erzeugnissen, die sich in der Stagnationsphase befinden, lag jedoch mit fast vier Prozentpunkten über dem Niveau der westdeutschen Industrie.

Die Ergebnisse für Sachsen zeigen nahezu den gleichen Sachverhalt wie für Ostdeutschland insgesamt. Die Saldobetrachtung zeigt für die sächsische Industrie, dass der Umsatzbeitrag der zukunftsträchtigen Produkte (Markteinführungs- und Wachstumsphase) mit 42,2 % in etwa den ostdeutschen Durchschnitt erreicht hat.

Die gegenüber dem Vorjahr erhöhten Umsatzanteile in der Stagnationsphase werden für die ostdeutsche und auch die sächsische Industrie dadurch etwas relativiert, dass sich 2007 die Umsatzanteile auf schrumpfenden Märkten leicht verringert haben. Die Umsatzstruktur, die auch von konjunkturellen Einflüssen geprägt wird, kann aber auch ein Beleg dafür sein, dass sich die Unternehmen noch stärker auf neue wachstumsdynamische Märkte fokussieren müssen. Damit ist ein zentrales Problem der Innovationstätigkeit berührt: Einerseits sollen Innovationen die Finanz- und Ertragskraft von Unternehmen stärken, auf der anderen Seite setzt jedoch die Innovationstätigkeit erhebliche Ressourcen voraus.

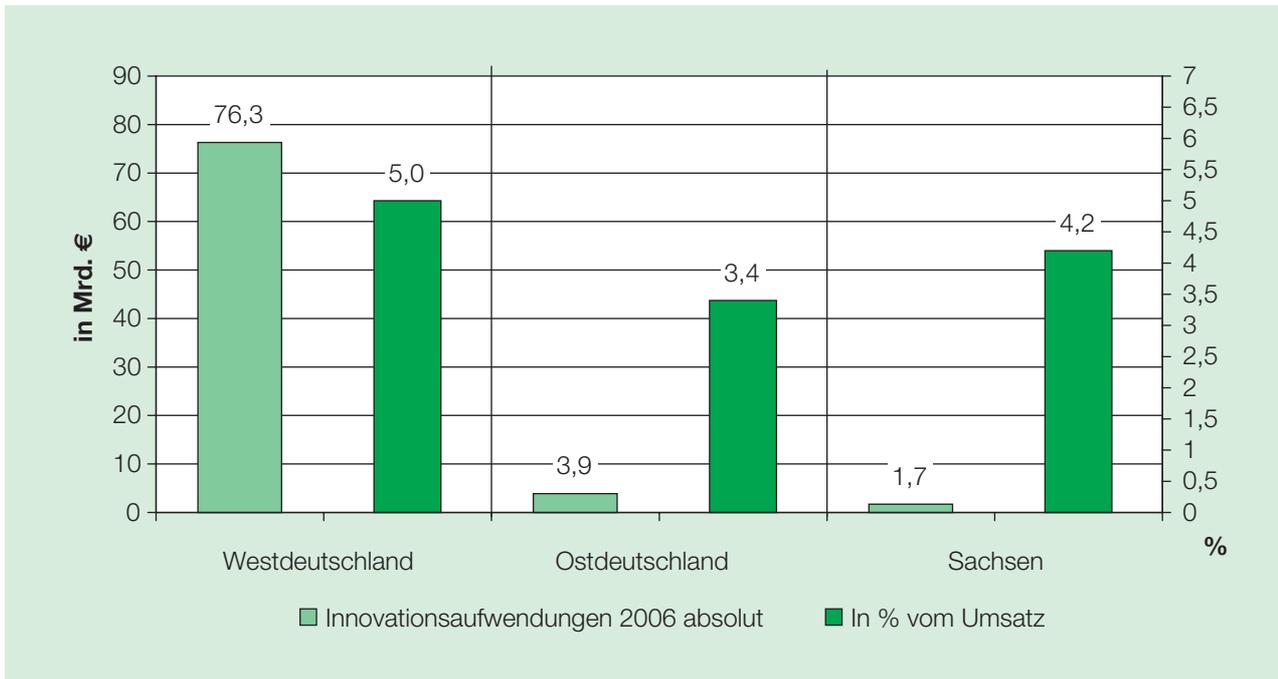
Innovationsaufwendungen stagnieren im Osten

Das verarbeitende Gewerbe in den alten Bundesländern hat im Jahr 2006 für seine Innovationsvorhaben 76,3 Mrd. € aufgewendet und gab damit knapp 6 Mrd. € mehr aus als im Vorjahr (70,6 Mrd. €) (vgl. Abb. 3). Für die neuen Bundesländer resultiert ein Innovationsaufwand in Höhe von 3,9 Mrd. €, der damit rund 0,2 Mrd. € über dem Wert des Vorjahres liegt. Auch für Sachsen war ein leichter Zuwachs bei den Innovationsausgaben der Industrie um 0,1 Mrd. € auf 1,7 Mrd. € zu verzeichnen.

Bezogen auf den Gesamtumsatz der westdeutschen Industrie, belief sich 2006 die Innovationsquote auf 5,0 % und lag damit auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. In der ostdeutschen Industrie sank der Anteil am Umsatz gegenüber dem Vorjahreswert um 0,2 Prozentpunkte auf nunmehr 3,4 %. Bei nahezu stagnierenden Innovationsausgaben reduzierte sich in Sachsen die Innovationsquote um 0,3 Prozentpunkte auf 4,2 %.

Von den gesamten Innovationsausgaben entfielen 2006 in der westdeutschen (ostdeutschen) Industrie rund 61 % (etwa 62 %) auf den Know-how-Einsatz (FuE, Konstruktion, Produktdesign), um neue oder verbesserte

Abbildung 3: Innovationsaufwendungen absolut und in % vom Umsatz



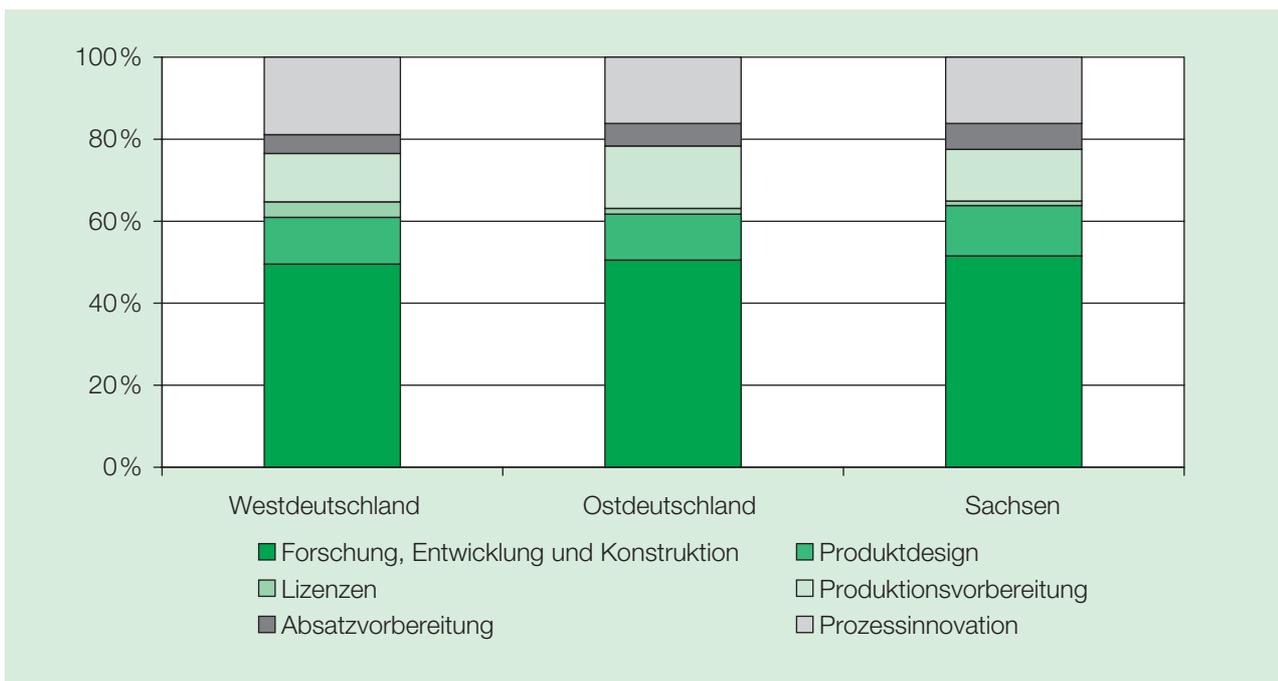
Quelle: ifo Innovationstest.

Produkte und/oder Verfahren realisieren zu können (vgl. Abb. 4). Für erworbene oder angemeldete Schutzrechte mussten etwa 4 % (1 %) aufgewendet werden. Die für Produktionsvorbereitung und Rationalisierung erforderlichen Investitionen machten rund 31 % (ca. 31 %) der

Gesamtaufwendungen aus. Auf Absatzvorbereitungsmaßnahmen entfielen 5 % (6 %) der gesamten Innovationsaufwendungen.

Der Vergleich mit den Strukturanteilen der sächsischen Industrie liefert für 2006 keine nennenswerten

Abbildung 4: Struktur der Innovationsaufwendungen



Quelle: ifo Innovationstest.

Unterschiede zu den Angaben für die gesamte ostdeutsche Industrie.

Fehlendes FuE-Personal behindert Innovationen im Osten

Die Befragung west- und ostdeutscher Unternehmen zur Bedeutung ökonomischer, unternehmensinterner und sonstiger Faktoren als Innovationshemmnisse ergab teils übereinstimmende, teils aber auch deutlich differierende Einschätzungen (vgl. Tab. 3). Für die Unternehmen in den alten Bundesländern ist fehlendes Eigen- und Fremdkapital zwar immer noch ein bedeutendes Innovationshemmnis, in Ostdeutschland – und damit auch in Sachsen – ist der von einer dünnen Eigenkapitaldecke ausgehende Problemdruck aber wesentlich spürbarer ausgeprägt. So wurde dieser Sachverhalt von jeweils rund 30 % der innovierenden Unternehmen im Osten und in Sachsen genannt. Fehlendes Fremdkapital wird demgegenüber in allen drei Regionen von etwas mehr als 10 % der Unternehmen in etwa gleichlautend bemängelt.

Innovationstätigkeit ist mit Risiko behaftet, und niemand kann es den Unternehmen verdenken, wenn sie Risikobegrenzung betreiben. So beklagen jeweils rund 22 % der Innovatoren in West- und Ostdeutschland und 27 % der Innovatoren in Sachsen, aus den Innovationsprojekten nur eine nicht zufrieden stellende Rendite erzielen zu können. Die kann darin begründet liegen, dass sich der Innovationsaufwand erst langfristig amortisiert.

Bei den personenbezogenen Faktoren haben sich in allen drei Regionen die Akquisitionsprobleme qualifizierter Mitarbeiter für den FuE-Bereich gegenüber dem Vorjahr verschärft. Damit zusammen hängen könnte das von fast jedem fünften Unternehmen beklagte Innovationshemmnis infolge ausgereiften Standes der Technik bei seinen Produkten oder Verfahren. Für innovationsaktive Unternehmen in West und Ost stellen weder die Informationsmöglichkeiten über und die Beschaffungsmöglichkeiten von extern vorhandenem Know-how ein gravierendes Problem dar, noch die Kooperationsmöglichkeiten mit öffentlichen, wissenschaftlichen Institutionen oder mit anderen Unternehmen.

Während die betriebsinternen Hemmnisse seitens der Unternehmen gestaltbar sind, lassen sich politisch determinierte Rahmenbedingungen kaum direkt beeinflussen. Angesichts einer Flut von Bau- und Sicherheitsvorschriften, technischen und arbeitsrechtlichen Normen, Sicherheitsbestimmungen für Arbeitnehmer, Anlagen und Verbraucher wird die heute existierende Regelungsdichte als spürbare Einengung des Handlungsspielraums empfunden. Für etwa jedes siebente westdeutsche

Unternehmen ist dieser Problembereich ein Ärgernis. Zu den regelungsbedingten Innovationshemmnissen gehört auch die Dauer behördlicher Genehmigungsfristen, weil sie Vorhaben verzögern, verteuern oder gänzlich verhindern kann. Unternehmen in den neuen Bundesländern sind hiervon in geringerem Maße betroffen.

Eine bedeutende Barriere für die Beschleunigung der Innovationszyklen oder die Erhöhung des Innovationsgehalts von Produkten stellen Akzeptanzprobleme auf der Abnehmerseite dar. Diese Vorbehalte des Marktes werden dabei in West- und Ostdeutschland mit jeweils rund 18 % gleichermaßen problematisch eingeschätzt. In Sachsen sieht sich nur etwa jedes achte Unternehmen damit konfrontiert.

Offensivere Marktbearbeitung noch ausbaufähig

Die Produktsortimente der Unternehmen enthalten in der Regel eine Vielzahl neu- und weiterentwickelter Produkte. Hieraus resultieren qualitative Unterschiede hinsichtlich ihrer technischen und damit auch ökonomischen Bedeutung. Der technische Neuheitsgrad determiniert den Verbraucher- oder Anwendernutzen im Hinblick auf die Bedürfnisbefriedigung oder den funktionalen Erfüllungszweck und ist somit für die Marktrelevanz der weiterentwickelten oder neuen Produkte bestimmend. Je nachdem, ob es sich bei diesen Produkten um Substitute, komplementäre oder gänzlich neue Produkte handelt, werden auch die damit erreichbaren Marktveränderungen ausfallen. Abbildung 5 enthält die im ifo Innovations-test erfassten Produkt-/Markt-Ziele für die genannten Produktkonfigurationen.

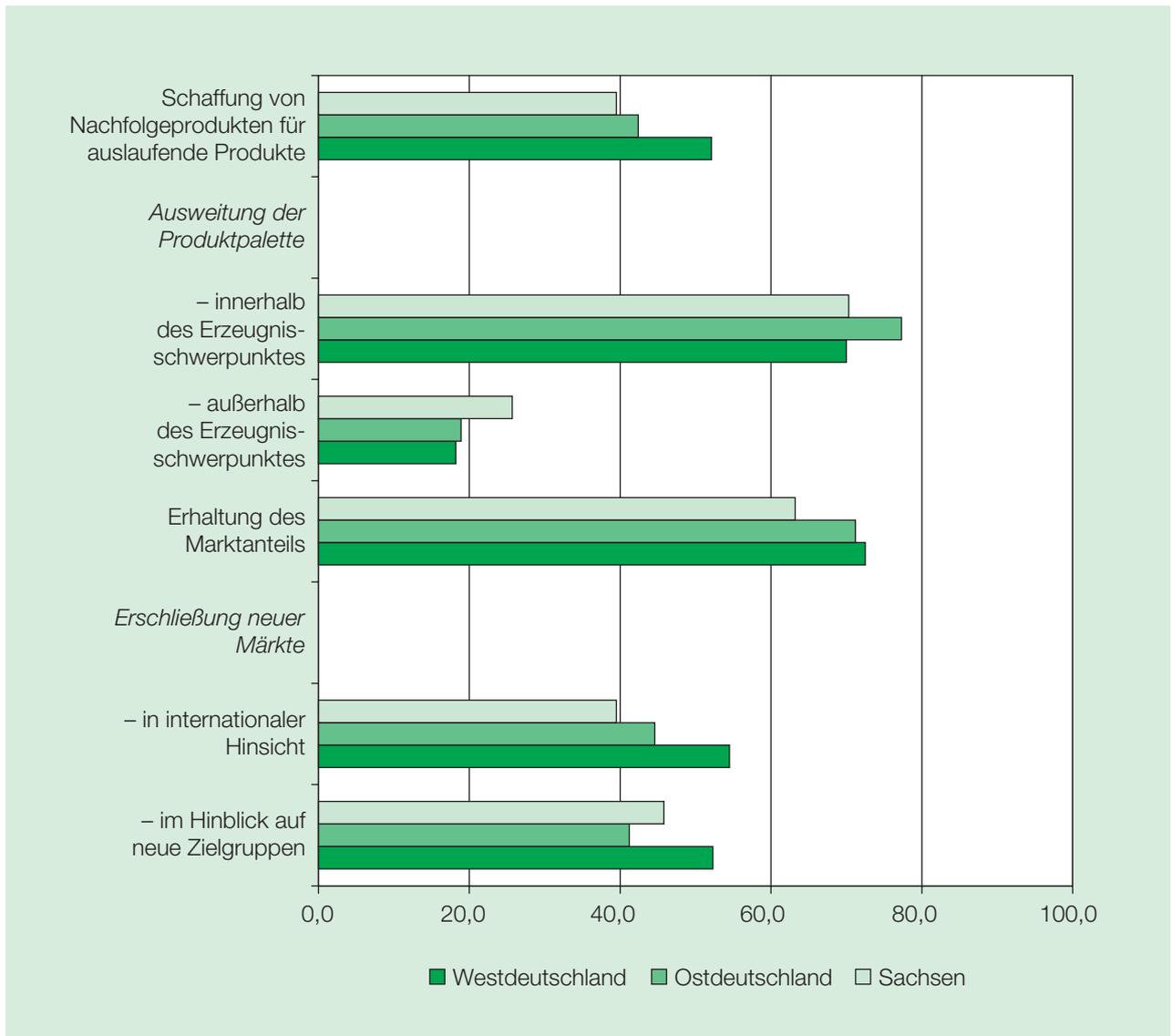
Die Ergebnisse spiegeln das für die Produktpolitik der Industrie in den alten Bundesländern schon seit längerem konstante Verhaltensmuster wider, von dem sich das der ostdeutschen Unternehmen – aber auch der sächsischen Industrie – allerdings nur graduell unterscheidet. Die primäre Strategie der Unternehmen ist auf die Verteidigung des erreichten Marktanteils gerichtet. Daher liegt der Schwerpunkt der Produktinnovations-tätigkeit auf der Ausweitung der Produktpalette in den angestammten Produktbereichen. Nur etwa jedes sechste Unternehmen in West- und Ostdeutschland hat sich 2006 auf Märkte außerhalb seines traditionellen Erzeugnisschwerpunkts gewagt. Eine derartige Strategie dürfte jedoch am ehesten dazu beitragen, neue Expansionschancen zu eröffnen. Diese Chancen scheinen sächsische Unternehmen stärker zu nutzen, wo über ein Viertel der Unternehmen diversifizierte. Aber auch ohne Diversifikation lassen sich noch neue Marktsegmente erschließen, vor allem in regionaler Hinsicht und im Hinblick auf die Gewinnung neuer Kundengruppen.

Tabelle 3: Bedeutung hemmender Faktoren bei innovierenden Unternehmen

Innovationshemmnisse ^a	West-deutschland	Ost-deutschland	Sachsen
Ökonomische Faktoren			
Fehlendes Eigenkapital	16,0	29,1	29,7
Fehlendes Fremdkapital	11,4	13,0	13,4
Zu geringe Rendite von Produktinnovationen, weil Innovationsaufwand zu hoch	21,6	22,3	27,0
Innovationspotenzial			
Zu geringe Innovationsbereitschaft			
der Mitarbeiter	9,2	0,7	0,3
der Führungskräfte	8,0	3,3	4,1
Organisationsprobleme	13,9	10,9	12,9
Personalprobleme infolge von Beschaffungsschwierigkeiten geeigneter Mitarbeiter auf dem Arbeitsmarkt für den			
FuE-Bereich	26,4	24,4	19,0
Produktionsbereich	17,2	13,9	16,1
Absatzbereich	16,0	9,3	6,7
Unzureichende Kooperationsmöglichkeiten			
mit anderen Unternehmen	5,7	4,1	2,2
mit öffentlichen, wissenschaftlichen Institutionen	6,2	4,3	3,9
Keine Innovationsmöglichkeiten wegen ausgereiften Standes der Technik	18,9	16,9	18,2
Fehlende Informationen über extern vorhandenes Know-how	11,2	12,8	16,8
Umsetzungsprobleme von technischem Know-how in marktfähige Produkte	15,1	14,8	16,3
Sonstige Faktoren			
Gesetzgebung zu restriktiv	15,5	6,9	9,5
Verwaltungsverfahren zu lang	15,4	9,0	12,3
Akzeptanzprobleme bei Kunden bezüglich des Neuheitsgrades der Produkte/Prozesse	18,4	17,8	12,7
a) Mehrfachnennungen möglich.			

Quelle: ifo Innovationstest.

Abbildung 5: Innovationsziele der Produktinnovatoren 2006 (in %, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: ifo Innovationstest.

Die Innovationsaktivitäten im Produktionsbereich sind wie die Produktinnovationen auf dasselbe Oberziel, nämlich die Erreichung eines bestimmten Unternehmensgewinns, ausgerichtet. Primär wird dieses Ziel durch die Effizienzsteigerung der Produktion und damit über die Kostensenkung zu erreichen versucht (vgl. Abb. 6).

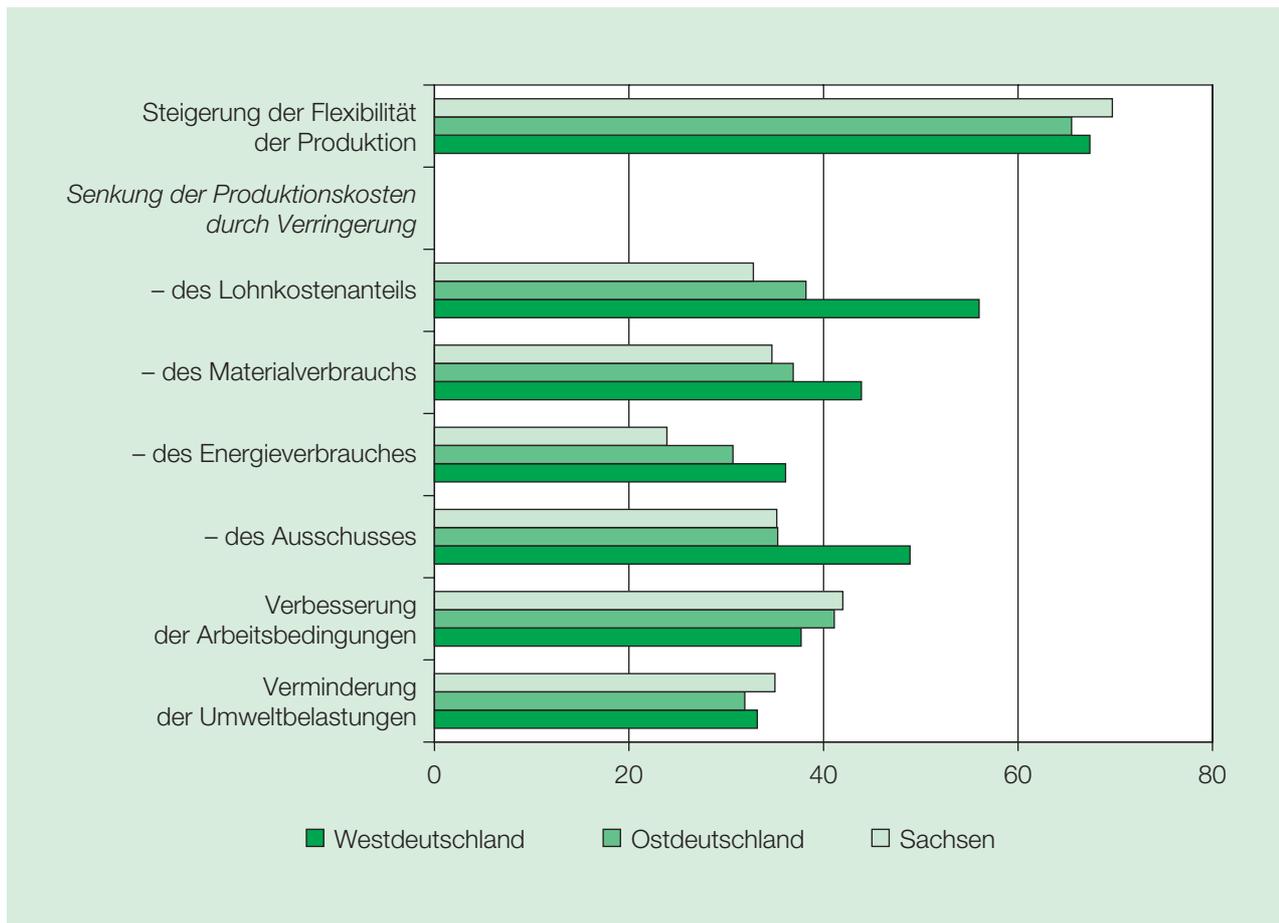
Neben der Produktionskostensenkung, für die eine breite Palette von Aktionsparametern existiert, nimmt die Steigerung der Flexibilität der Produktion eine zentrale Bedeutung im Zielbündel der Industrie ein. Bei rund zwei Drittel der Prozessinnovatoren in West- und Ostdeutschland sowie in Sachsen ist dies das technische Innovationsziel. Eine hohe Fertigungsflexibilität verhindert, dass Absatzeinbußen deshalb eintreten, weil die Produktion nicht rechtzeitig an neue Markterfordernisse angepasst werden kann.

Nicht zu vernachlässigen sind die Beiträge zum Gesamtziel des Unternehmens, die von der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Verminderung von Umweltbelastungen ausgehen. So kann die Reduzierung von Umweltbelastungen unbedingt erforderlich sein, um Gesetzesauflagen zu erfüllen. In beiden Bereichen sind die west- und ostdeutschen Unternehmen in etwa gleichem Umfang engagiert.

Marktorientierte Innovationsaktivitäten dominieren in Ostdeutschland

Die Anstöße zur Durchführung von Innovationen können aus den Unternehmen selbst stammen oder von außen an sie herangetragen werden, d. h. zum einen werden

Abbildung 6: Innovationsziele der Prozessinnovatoren 2006 (in %, Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: ifo Innovationstest.

technische Innovationen durch Aktivitäten der betrieblichen FuE-Abteilung induziert (Technologie-Orientierung), und zum anderen werden Entwicklungen durch die Verarbeitung von Marktinformationen initiiert (Markt-Orientierung).

Hinsichtlich der Bedeutung der unternehmensinternen Impulsgeber unterscheiden sich die west- und ostdeutschen Unternehmen nur hinsichtlich der Firmenleitung, die in Ostdeutschland – und auch in Sachsen – stärker als Ideengeber in Erscheinung treten als in Westdeutschland (vgl. Tab. 4). Die unternehmensexternen Innovationsideen stammen überwiegend von den Kunden selbst, wobei dieser Anteil in den drei Regionen bei rund zwei Drittel liegt.

Zwar realisierten 2006 jeweils rund ein Drittel der west- und ostdeutschen Innovatoren technologieinduzierte Neuerungen, aber mit einem starken Bias bezüglich größerer Unternehmen. Diese Gruppe von Unternehmen tätig auch in höherem Maße aus prozesstechnologischen Anstößen (Produktion und Materialwirtschaft) resultierende Innovationen, als es bei kleinen und mittleren Unternehmen der Fall ist.

Die Bedeutung der durch Konkurrenzunternehmen ausgelösten Aktivitäten gibt Hinweise auf die Verbreitung der Imitationsstrategie in der Industrie. So stammten 2006 bei etwas mehr als 30 % der westdeutschen Innovatoren und über einem Drittel der innovierenden Unternehmen in Ostdeutschland Neuerungs-ideen von Wettbewerbern. Hierzu gehören auch die Impulse, die aus der Informationsbeschaffung auf Messen und Kongressen (über ein Viertel in West und rund 20 % in Ost) oder bei Lieferanten (17 % in West- und 12 % in Ostdeutschland) resultieren.

Mit 15 % (West) bzw. rund 20 % (Ost) der Nennungen spielen partnerschaftlich miteinander verbundene Unternehmen als Ideenlieferanten eine gewisse Rolle, in ausgeprägtem Maße jedoch nur bei Großunternehmen. Fachliteratur (jeweils rund 10 %) und Einrichtungen des Wissenschaftsbereichs (jeweils rund 7 %) liefern noch nennenswerte Beiträge. Beide Ideenquellen werden von ostdeutschen Unternehmen intensiver genutzt als von westdeutschen. Bei staatlichen FuE-Programmen zeigt sich weiterhin das leichte Ost-West-Gefälle aufgrund der in Ostdeutschland ausgeprägteren Förderkulisse.

Tabelle 4: Herkunft der Innovationsideen im verarbeitenden Gewerbe 2006 (in %)

Innovationsimpulse ^a	Bei ... % der Innovatoren in ... entstammten 2006 die grundlegenden Anstöße für die durchgeführten Innovationen von ...		
	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
Intern			
Forschung und Entwicklung	35,6	33,7	31,4
Produktion, Materialwirtschaft	26,8	33,9	37,0
Marketing, Produktbetreuung	57,3	58,9	55,7
Firmenleitung	60,1	65,8	70,2
Extern			
Verbundenes Unternehmen	14,7	19,8	24,9
Konkurrenz	31,1	37,6	39,7
Lieferanten	17,0	12,0	8,4
Kunden	68,8	66,5	65,4
Messen, Kongresse etc.	26,8	21,0	18,8
Staatliche FuE-Programme	6,4	8,7	10,7
Fachliteratur, Patentschriften	11,6	10,4	10,8
Hochschulen, Institutionen	6,9	6,8	9,7

a) Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: ifo Innovationstest.

Verglichen mit den Ergebnissen für die ostdeutsche Industrie insgesamt, weisen die Meldungen der sächsischen Industrie keine nennenswerten Abweichungen auf.

Innovationsklima 2009?

Zum Zeitpunkt der Innovationserhebung im Dezember 2007 waren die Einschätzungen über die mittelfristig erwarteten Marktperspektiven noch genau so von Optimismus geprägt wie im Vorjahr. Mit knapp 70 % der westdeutschen Industrieunternehmen rechneten so viele

Konjunkturtestteilnehmer wie schon lange nicht mehr, mit einem auf mittlere Sicht anhaltenden Marktwachstum (vgl. Tab. 5). In Ostdeutschland trafen diese Einschätzung mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen (56,4 %), wobei die sächsischen Unternehmen diesen Sachverhalt noch leicht positiver bewerteten. Bemerkenswert ist die auch 2007 in allen drei Regionen vorgenommene Einschätzung, mittelfristig in geringerem Umfang auf schrumpfenden Märkten agieren zu müssen.

Zahlreiche Untersuchungen bestätigten, dass auf wachsenden Märkten operierende Unternehmen den höchsten Anteil innovierender Unternehmen aufweisen.

Tabelle 5: Mittelfristige Absatzperspektiven^a (2007, in %)

Einschätzung der mittelfristigen Marktentwicklung	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
Wachsend	69,2	56,4	57,1
Gleichbleibend	24,3	34,0	36,3
Schrumpfend	6,5	9,6	6,6
Saldo ^b	62,7	46,8	50,5

a) Einschätzung der Unternehmen von Ende 2007 für die nächsten drei bis fünf Jahre. – b) Nennungen „wachsender Markt“ abzüglich Nennungen „schrumpfender Markt“.

Quelle: Sonderumfrage „Innovation“ im ifo Konjunkturtest.

Mit der Verschlechterung der Marktkonstellation nimmt auch die Innovationsneigung ab, da das auf diesen Märkten angebotene Sortiment überwiegend Produkte enthält, die sich am Ende ihres Produktlebenszyklus befinden und keine Weiterentwicklungs- oder Verbesserungsmöglichkeiten mehr bieten. Es hat sich aber auch gezeigt, dass in absatzmäßig schrumpfenden Marktsegmenten sehr wohl die Möglichkeit besteht, durch Innovationsaktivitäten die vorhandene Produktionsstruktur zu ändern und versiegende Nachfrageströme wieder zu beleben.

Fazit

Die Innovationsaktivitäten der sächsischen Industrieunternehmen konnten im vergangenen Jahr auf einem noch relativ hohen Niveau aufrechterhalten werden. Sich bessernde Marktperspektiven und eine im Gefolge stabilere Ertragslage waren positive Signale, die für 2007 eine Steigerung der Innovationsanstrengungen erwarten lassen konnten. Allerdings verhindern spürbare Finanzierungsprobleme und Personalengpässe im FuE-Bereich bei vielen Unternehmen eine weitere Ausschöpfung des vorhandenen Innovationspotenzials. Die Unwägbarkeiten für das Jahr 2009 lassen sich noch nicht in Gänze

abschätzen. Sinkende Auftragseingänge und nachlassende Exportdynamik werden für viele Betriebe den Spielraum für Innovationsaktivitäten einengen. Dies könnte den Ruf nach Einführung der steuerlichen Absetzbarkeit von FuE-Aufwendungen lauter werden lassen. Unter diesen Voraussetzungen wäre es schon ein Erfolg, wenn Sachsen 2009 seinen beträchtlichen Anteil von 2,3 % der FuE-Ausgaben am BIP stabilisieren könnte. Ein wesentlicher Impuls aus dem Freistaat, der Deutschland dem 3-%-Ziel ein Stück weit näher bringt, ist indes wohl nicht zu erwarten.

Literatur

- EGETEMEYR, C. und J. WERNER (2008): Forschung und Entwicklung in Baden-Württemberg: ein Spitzenplatz im internationalen Vergleich, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg Nr. 6, S. 17–25.
- LEGLER, H. (2007): Starker Südwesten, in: Stifterverband Wissenschaftsstatistik (Hrsg.): Forschung & Entwicklung 2007, S. 10–13.
- REHBURG, M. (2008): 3 % für Forschung und Entwicklung – Zu ehrgeizig für europäische Länder? Konferenzbericht der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 31. Januar.

Regionale Differenzierung der Subventionen für Kindergarten-Plätze in Deutschland

Christian Thater*

Einleitung

Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation für Kinder sind in Deutschland immer ein aktuelles Thema. Derzeit wird das Kinderförderungsgesetz geplant, wonach jedem Kind bis zum dritten Lebensjahr ein Betreuungsplatz rechtlich zugesichert wird. Für Kinder im Kindergartenalter existiert eine solche Regelung bereits. Ziel dieser Regelungen ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen und somit gleichzeitig die Abwesenheit der Mutter vom Arbeitsmarkt möglichst kurz zu gestalten. Allerdings wird in der öffentlichen Diskussion um die Bereitstellung von Betreuungsplätzen oftmals der Aspekt des Preises der Betreuung vernachlässigt. Plätze sind aus Sicht der Eltern nur rentabel, wenn sie deren Einkommen nicht zu stark belasten. Vor diesem Hintergrund erscheint es sehr überraschend, dass die erhobenen Gebühren für öffentliche Plätze in Kindertageseinrichtungen¹ (Kita) in Deutschland regional sehr stark variieren. Grund für diese Heterogenität ist, dass die Kommunen überwiegend frei über die Höhe der Gebühren entscheiden können. Für die öffentlichen Kita-Einrichtungen gilt, dass die Kosten für einen Betreuungsplatz aus zwei Quellen finanziert werden: Zum einen durch kommunale Zuschüsse und zum anderen durch die Gebühren, die die Eltern zu entrichten haben. Mit dem folgenden Artikel soll überprüft werden, ob sich die Gebührenheterogenität durch ein einfaches, einheitliches Modell erklären lässt.

Daten und Methodik

Die der folgenden Untersuchung zu Grunde liegenden Daten wurden vom INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT (IW) Köln im Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ und der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ (INSM) erhoben. Dabei wurden die 100 größten Städte Deutschlands, gemessen an ihrer Einwohnerzahl, befragt, wie hoch die von ihnen erhobene Gebühr für einen Betreuungsplatz in einer subventionierten Kita-Einrichtung ist. Berücksichtigt wurden dabei lediglich Kindergärten, die öffentlich finanziert werden bzw. die nicht-gewinnorientiert sind. Zur einheitlichen Vergleichbarkeit wurden für die Untersuchung sechs Modellfamilien konstruiert. Einerseits wurden drei Einkommensklassen unterschieden: Familien mit 25.000 €, 45.000 € und 80.000 € Jahresbruttoeinkommen. Familien

dieser drei Einkommensklassen wurden zusätzlich danach unterschieden, ob sie ein Kind bzw. zwei Kinder haben. Grund hierfür ist, dass diese Familienformen etwa 70 % aller deutschen Familien ausmachen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2007)]. Des Weiteren sind für die Zwecke der Untersuchung lediglich Kinder im Kita-Alter relevant: Besuchen mehrere Kinder einer Familie gleichzeitig eine Betreuungseinrichtung, werden häufig Geschwister rabatte gewährt. Da es sehr unwahrscheinlich ist, dass mehr als zwei Kinder gleichzeitig eine Betreuungseinrichtung besuchen, wurden keine weiteren Familienformen berücksichtigt. Mit den Daten werden ausschließlich Halbtags-Kindergartenplätze erfasst, da nur für dieses Betreuungsangebot eine gesetzliche Regelung existiert. Diese Regelung macht einen nationalen Vergleich aller erhobenen Gebühren möglich. Der nächste Abschnitt gibt eine statistische Auswertung des vorliegenden Datensatzes.

Deskriptive Statistik des untersuchten Datensatzes

Die erhobenen Daten weisen starke regionale Unterschiede auf: Während beispielsweise in Heilbronn unabhängig vom Familieneinkommen und der Anzahl der Kinder alle verfügbaren Kita-Plätze gebührenfrei angeboten werden, verfolgen viele Städte andere Strategien bei der Gebührenerhebung. So muss eine Ein-Kind-Familie mit 25.000 € Jahreseinkommen im Durchschnitt eine Gebühr in Höhe von etwa 516 € pro Jahr zahlen. Allerdings reicht die Spanne dabei bis fast 1.700 € pro Kind und Jahr. Mit höherem Einkommen steigen sowohl die im Durchschnitt als auch die maximal verlangten Gebühren. Gleichzeitig ist die Betreuung eines Geschwisterkindes im Regelfall günstiger. Tabelle 1 zeigt einen Überblick über die wichtigsten Merkmale des vorliegenden Datensatzes gegliedert nach den sechs Modellfamilien.²

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die Häufigkeitsverteilungen der Jahresgebühren für die einzelnen Modellfamilien. Bis auf für die 80.000-€-Ein-Kind-Familie zeigt sich jeweils eine linksschiefe Verteilung. Somit verlangen relativ viele Städte unterdurchschnittliche Gebühren, wohingegen einige Städte stark überdurchschnittliche Gebühren verlangen.

* Christian Thater arbeitet als Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

Tabelle 1: Deskriptive Merkmale des untersuchten Datensatzes (Werte in €)

	Familien mit einem Kind			Familien mit 2 Kindern		
	25.000 €	45.000 €	80.000 €	25.000 €	45.000 €	80.000 €
Minimum	0	0	0	0	0	0
Maximum	1.692	1.752	2.592	1.428	3.096	3.888
Mittelwert	516,14	961,05	1.463,41	453,16	1.108,45	1.668,33
Median	379	947	1.422	342	966	1.816
Standardabweichung	338,04	263,15	608,61	349,70	539,93	812,68

Quellen: INSM, Berechnungen des ifo Instituts.

Erklärung der regional unterschiedlichen Subventionen

Im Folgenden soll versucht werden, das hohe Maß an regional unterschiedlichen Gebühren zu erklären. Dabei wird auf politökonomische, fiskalische, demographische und regionale Variablen zurückgegriffen. Für die Auswahl der Variablen und die Schätzung muss berücksichtigt werden, dass der vorliegende Datensatz ausschließlich Modellfamilien abbildet. Somit kann insbesondere nicht der Einfluss des verfügbaren Einkommens in den jeweiligen Städten auf die erhobenen Gebühren identifiziert werden. Das liegt daran, dass die Einkommensverteilung im vorliegenden Datensatz unberücksichtigt bleibt. Das diese aber vermutlich einen starken Einfluss auf die Gebühren hat, ist unmittelbar aus Tabelle 1 ersichtlich, wo ein steigendes Einkommen zu steigenden Gebühren führt. Ein Test auf dessen Einfluss ist mit dem vorliegenden Datensatz allerdings nicht möglich. Das Einkommen der Modellfamilien wird auf den jeweiligen Niveaus als unveränderlich angenommen. Wenn in einer Stadt ein höheres Durchschnittseinkommen erzielt wird, ist davon auszugehen, dass die Zahl reicherer Familien steigt. Die These, dass die durchschnittlichen Gebühren in den Städten vom Durchschnittseinkommen abhängen, ist jedoch nicht zu überprüfen.

Politökonomische Faktoren

Mit der Parteizugehörigkeit des regierenden Oberbürgermeisters in einer Stadt wird überprüft, ob ein parteispezifischer Einfluss auf die Höhe der verlangten Gebühren identifiziert werden kann. Diese Vermutung liegt nahe, da die Parteien unterschiedliche familienpolitische Programme verfolgen.³ Zwar fordern alle Parteien mehr und qualitativ bessere Betreuungsplätze,⁴ allerdings ist das Bild bei den Aussagen zur Höhe der erhobenen Gebühren

weniger eindeutig: Während SPD, FDP und DIE LINKE.PDS verlangen, dass die Gebühren für Eltern schrittweise abgeschafft werden, beschränken sich CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Forderung nach mehr und besseren Plätzen, ohne die Gebühren zu thematisieren. Nimmt man die Programmaussagen wörtlich, so ist zu erwarten, dass Städte, deren Bürgermeister der CDU bzw. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN angehören, tendenziell höhere Gebühren verlangen, als dies bei Städten mit Bürgermeistern einer der anderen vier Parteien der Fall ist.

Fiskalische Faktoren

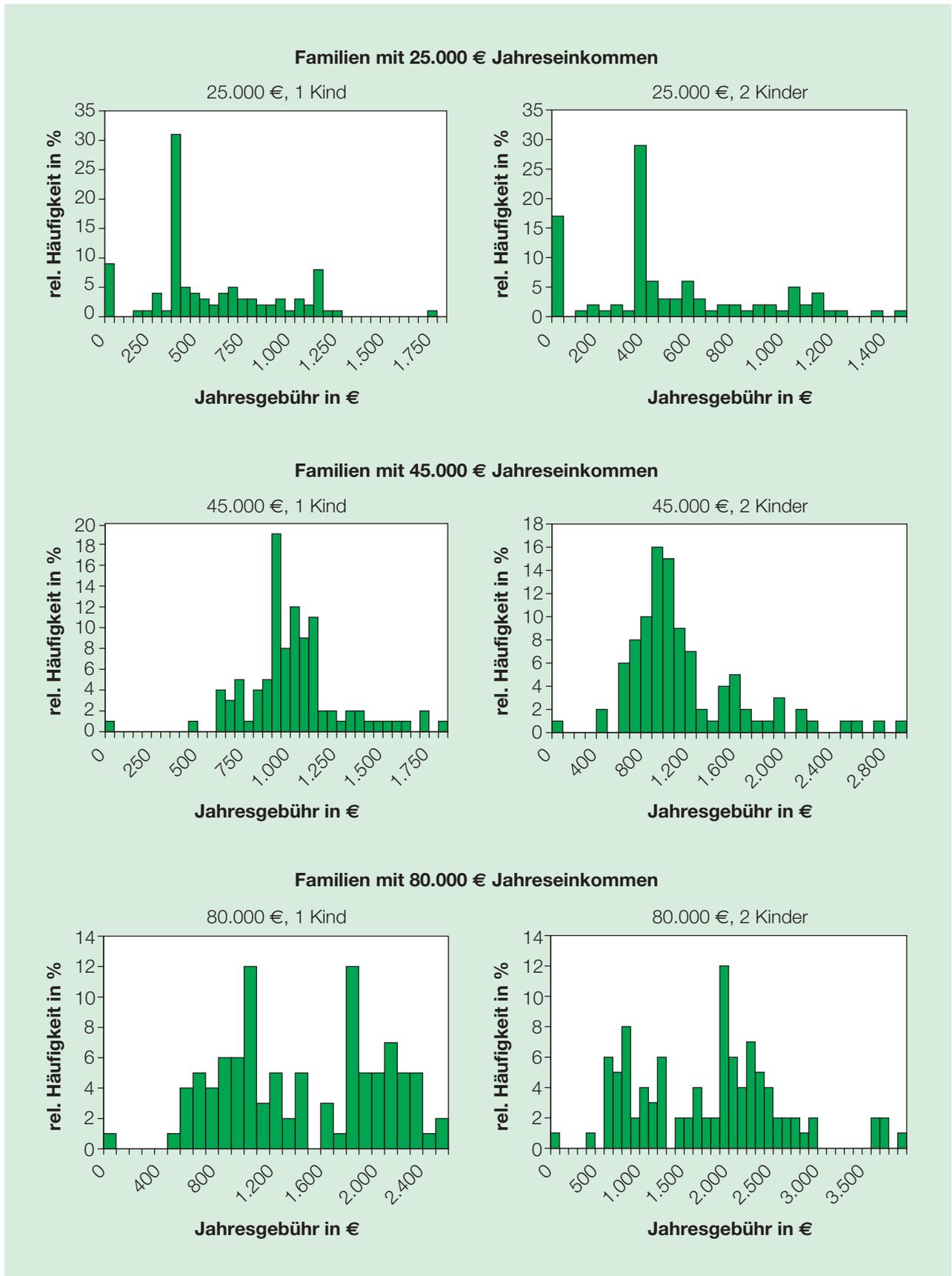
Um die fiskalische Situation zu beschreiben, wird auf die Pro-Kopf-Verschuldung der Städte zurückgegriffen. Eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung dient als Indiz dafür, dass die öffentlichen Ausgaben pro Kopf in Städten mit einer höheren Verschuldung größer sind, als es in Städten mit einer geringeren Pro-Kopf-Verschuldung der Fall ist. Da auch die von den Städten betriebenen Kindergärten größtenteils über öffentliche Ausgaben finanziert werden, könnten die Städte mit einer höheren Pro-Kopf-Verschuldung weniger Gebühren von den Eltern verlangen als es bei Städten mit einer geringeren Pro-Kopf-Verschuldung der Fall ist.

An dieser Stelle hätten auch lediglich die Ausgaben der jeweiligen Stadt betrachtet werden können. Diese berücksichtigen aber, anders als die Angaben zur Verschuldung, nicht die Einnahmeseite.

Demographische Faktoren

Um die unterschiedliche demographische Situation in den untersuchten Städten zu berücksichtigen, wird auf eine Variable zurückgegriffen, die sich auf die Kinderzahl bzw. deren Veränderung bezieht: Die Variable „Kinder/

Abbildung 1: Häufigkeitsverteilungen der Kita-Gebühren für die sechs Modellfamilien



Quellen: INSM, Darstellung des ifo Instituts.

Bevölkerung“ beschreibt das Verhältnis von Kindern zwischen 3–6 Jahren zur Gesamteinwohnerzahl der Stadt. Sie dient als Annäherungsmaß dafür, wie viele Familien mit potenziell Interesse an geringen Kita-Gebühren in der jeweiligen Stadt leben. Da sich die Politik an den Interessen der Wähler orientiert, ist zu erwarten, dass Städte mit einer hohen Kinderzahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung relativ geringe Gebühren für den Besuch der Kindertagesstätte verlangen [vgl. BLACK (1948)].

Regionale Faktoren

Neben den bisher betrachteten Variablen sollen zum Abschluss des Modells noch vier regionale Faktoren berücksichtigt werden: Die Variablen „Ost-West“, „Versorgungsquote“, „Städteanzahl“ sowie „Nord-Süd“.

Der vermutete Ost-West-Unterschied ist auf einen unterschiedlichen Stellenwert der frühkindlichen Betreuung zurückzuführen. In der ehemaligen DDR wurde die öffentliche Kinderbetreuung stärker angenommen als in Westdeutschland. Eine intensive Kinderbetreuung wurde als das wesentliche Instrument zur Wiedereingliederung der Frau in den Arbeitsmarkt angesehen. Zwar kommt es in den neuen Bundesländern zu einer stetigen Reduzierung dieses Angebots aufgrund abnehmender Kinderzahlen, dennoch sind Versorgungsquoten in Ostdeutschland tendenziell höher als in Westdeutschland. In Westdeutschland wird erst seit der gesetzlichen Neuregelung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes von 1996 schrittweise eine umfangreichere Betreuung aufgebaut. Somit wäre zu erwarten, dass die Kinderbetreuung in den ostdeutschen Großstädten für die Eltern günstiger ist als in den westdeutschen Großstädten. Transformationsbedingte Änderungen nach der Wiedervereinigung, wie sinkende Geburtenzahlen oder die gestiegene Arbeitslosigkeit werden erst allmählich durch angepasste Betreuungsstrukturen berücksichtigt.

Neben dem Ost-West-Unterschied wird auch der Einfluss der Versorgungsquote auf die unterschiedlichen Gebühren überprüft. Die Versorgungsquote beschreibt das Verhältnis von verfügbaren Kindergartenplätzen zur Zahl der Kinder im Alter von 3–6 Jahren in der jeweiligen Stadt. Die Versorgungsquote wird üblicherweise als Maß für die Angebotsseite verstanden. Je größer diese ist, desto höher ist das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen. Allerdings liegt die Versorgungsquote im Durchschnitt bereits über „1“. D. h. statistisch steht jedem Kind von drei Jahren bis zum Schuleintritt mehr als ein Betreuungsplatz zur Verfügung. Die Versorgungsquote kann deshalb nicht als reines Angebotsmaß dienen. Vielmehr ist eine hohe Varianz unter den untersuchten Städten

festzustellen. Die Versorgungsquote reicht hier von etwa 0,8 Plätzen pro Kind bis über 1,5 Plätzen pro Kind. Da aber ein gesetzlicher Anspruch auf eine Betreuung besteht und somit Plätze angeboten werden müssen, falls der Bedarf besteht, kann die Versorgungsquote auch als Nachfragemass interpretiert werden: Eine dauerhafte Versorgungsquote unter 1 ist ein Indiz dafür, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen in der jeweiligen Region bzw. Stadt relativ gering ist. Bei Interpretation der Kinderbetreuung als gewöhnliches Gut steigt die Nachfrage nach Betreuung bei sinkendem Preis. Somit wird vermutet, dass eine steigende Versorgungsquote zu einer höheren Konkurrenz, beispielsweise zwischen öffentlichen und privaten Kindergärten, innerhalb der Stadt führt, wodurch die verlangten Gebühren bei steigender Versorgungsquote fallen.⁵

Die Variable „Städteanzahl“ dient als Maß dafür, wie viele Großstädte aus der Stichprobe einem bestimmten Bundesland zuzuordnen sind. Sie soll als Approximation der Siedlungsdichte dienen. Je größer diese ausfällt, desto stärker ist der Fiskalwettbewerb der betrachteten Region. Somit stehen die einzelnen Kommunen untereinander in Konkurrenz um das Anwerben bzw. Halten junger Familien. Dazu kann auch die Subventionierung der Kita-Plätze beitragen. Dies gilt insbesondere, wenn in sehr nah benachbarten Kommunen stark unterschiedliche Gebühren verlangt werden. Somit wird die These formuliert, dass Bundesländer mit vielen Großstädten tendenziell niedrigere Gebühren verlangen, während andere Bundesländer, die lediglich über wenige Großstädte verfügen, höhere Gebühren verlangen können.

Schließlich wird mit der Variable „Nord-Süd“ auf einen Niveau-Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschland geprüft. Diese Annahme entstammt bereits existierenden deskriptiven Auswertungen der Daten [vgl. INSM (2008)], die alle eine Gebührenabnahme vom Übergang von Nord- nach Süddeutschland ausmachen. Diese Struktur könnte beispielsweise auf Unterschieden im Einkommensniveau beruhen, welches in Süddeutschland höher ist als in Norddeutschland. Wendet man familientheoretische Überlegungen bzgl. des Verhaltens der Frau auf den Sachverhalt der Kinderbetreuung an, so ist die Frau bei steigendem Einkommen des Mannes zunehmend bereit, auf eigenes Einkommen zugunsten der innerfamiliären Kinderbetreuung zu verzichten [vgl. ERMISCH (2003), Kapitel 2]. Es wird deshalb die These formuliert, dass die Gebühren im Süden niedriger sind als im Norden Deutschlands [vgl. INSM (2008)], da dort das durchschnittliche Einkommen höher ist als in den übrigen Bundesländern und Betreuungseinrichtungen somit um weniger Kinder konkurrieren.⁶ Als Süden werden für diese Zwecke Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland angenommen.

Vorstellung und Diskussion des gewählten Schätzmodells

Zur Schätzung der unterschiedlichen Gebühren wird auf eine einfache lineare Regression (KQ-Schätzung) zurückgegriffen. Die zu erklärenden Variablen sind die jeweils von den sechs Modellfamilien verlangten Gebühren für eine Kita-Halbtagsbetreuung in den 100 größten Städten. Für jede Modellfamilie wurde eine separate Schätzung durchgeführt. Für die Schätzungen werden jeweils alle vorgestellten Variablen berücksichtigt, zusätzlich wird eine Konstante geschätzt.⁷

Die geschätzte Modellgleichung hat folgende Gestalt (Wobei der Index i die sechs verschiedenen Modellfamilien angibt):

$$\begin{aligned} \text{Gebühren}_i = & \beta_0 + \beta_1 \cdot \text{Pro_Kopf_Verschuldung} + \\ & \beta_2 \cdot \text{Parteizugehörigkeit} + \beta_3 \cdot (\text{Kinder/Bevölkerung}) + \\ & \beta_4 \cdot \text{Städteanzahl} + \beta_5 \cdot \text{Nord_Süd} + \\ & \beta_6 \cdot \text{Versorgungsquote} + \beta_7 \cdot \text{Ost_West} \end{aligned}$$

Interpretation der Schätzergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Schätzungen für die einzelnen Modellfamilien vorgestellt. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf die Ein-Kind-Familien gelegt werden. Grund hierfür ist, dass die Städte für Zwei-Kind-Familien teils sehr stark schwankende Gebührenpolitiken verfolgen. Durch die Möglichkeit, Geschwisterkinder ganz oder zumindest teilweise beitragsfrei zu stellen, wird die Prognose der verlangten Gebühren erheblich erschwert. Tabelle 2 zeigt die Ergebnisse der Schätzung für die einzelnen Ein-Kind-Modellfamilien. Ausgewiesen werden die jeweiligen Koeffizienten (schwarze Werte) sowie deren Standardfehler (graue Werte). Es zeigt sich, dass der Erklärungsgehalt des gewählten Modells für die 25.000-€-Modellfamilie relativ gering ist. Anders bei den beiden oberen Einkommensklassen. Hier können die regional unterschiedlichen Gebühren durch das beschriebene Modell relativ gut erklärt werden.

Einfluss der politökonomischen Faktoren

Die Parteizugehörigkeit des regierenden Oberbürgermeisters hat für alle Modellfamilien keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe der verlangten Gebühren. Darüber hinaus weist der Koeffizient nicht das erwartete Vorzeichen auf. Somit scheinen die einzelnen Parteiprogramme nicht geeignet zu sein, die Gebühren zu erklären. Eine mögliche Begründung hierfür wäre, dass die Daten zu Beginn des Jahres 2008 erhoben wurden. Die Partei-

programme zur Familienpolitik verfolgen allerdings einen längerfristigen Zeithorizont. So formulieren alle Parteien, die eine explizite Gebührenreduktion fordern, eine schrittweise Reduktion der Gebühren bis zum Jahr 2010. Hier könnte deshalb eine gewisse Zeitverzögerung in der Umsetzung der Parteiprogramme ursächlich für das Ergebnis sein. In diesem Zusammenhang müsste somit auch berücksichtigt werden, für welchen Zeitraum die jeweils regierenden Oberbürgermeister bereits im Amt sind, da Umsetzungen parteispezifischer Ziele immer einige Zeit beanspruchen. Zudem ist nicht absehbar, in welchem Rahmen die Parteiprogramme tatsächlich realisiert werden. Es wäre durchaus vorstellbar, dass auf kommunaler Ebene vereinzelt andere Ziele verfolgt werden, als es das Bundesprogramm vermuten lässt. Aus diesen Überlegungen heraus wäre auch eine andere Einteilung der Parteien vorstellbar. Statt der speziellen Einstufung der Parteien aufgrund ihrer Parteiprogramme könnte eine allgemeinere Aufteilung entsprechend der jeweiligen politischen Ausrichtung vorgenommen werden. Schätzungen damit lieferten aber ähnliche Ergebnisse.

Einfluss der fiskalischen Faktoren

Die Pro-Kopf-Verschuldung weist immer ein negatives Vorzeichen auf. D. h. mit steigender Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt sinken die durchschnittlich verlangten Gebühren. Höher verschuldete Städte neigen demnach zu einem zu stark subventionierten Angebot an Kindergartenplätzen. Allerdings ist der Koeffizient lediglich für die 80.000-€-Ein-Kind-Familien signifikant. Dieses Vorgehen ist jedoch nicht auf unbegrenzte Dauer fortzuführen. Folglich könnten die Kita-Gebühren bei steigender Verschuldung ebenso als Instrument genutzt werden, um den öffentlichen Haushalt zu entlasten.

Einfluss der demographischen Faktoren

Die Variable „Kinder/Bevölkerung“ hat durchgehend das erwartete negative Vorzeichen. Je größer der Anteil von Kindern im Kindergartenalter an der gesamten Bevölkerung ist, desto geringer sind die verlangten Gebühren. Dies bestätigt die theoretischen Überlegungen, wonach ein höherer Wert der Variablen mehr junge Familien bedingt und somit das Alter des Medianwählers senkt. Darüber hinaus ist sie in allen Schätzungen signifikant. Die Variable „Kinder/Bevölkerung“ impliziert allerdings die Annahme, dass die Familienstruktur in allen untersuchten Städten ähnlich ist. Haben in einigen Städten beispielsweise Mütter im Durchschnitt mehr Kinder als in anderen, kann zwar in beiden Stichproben das Verhältnis

Tabelle 2: Ergebnisse der KQ-Schätzung für die Ein-Kind-Modellfamilien

Variable	Familien mit 1 Kind und...		
	25.000 €	45.000 €	80.000 €
Konstante	698,62	882,18**	1.364,84
	-683,61	-409,64	-906,63
Pro-Kopf-Verschuldung	-22,45	-37,07	-152,91**
	-56,44	-37,82	-74,26
Kinder/Bevölkerung	-29,82***	-13,655***	-38,92***
	-6,10	-3,21	-13,88
Parteizugehörigkeit	1,72	54,99	52,03
	-62,81	-41,49	-83,90
Städteanzahl	-14,03***	-8,08***	23,53***
	-3,35	-1,90	-2,68
Nord-Süd	-192,84	-352,50***	-439,99***
	-127,46	-69,45	-104,36
Versorgungsquote	-131,22	180,21	5,40
	-358,04	-212,04	-412,68
Ost-West	140,00	295,15**	156,09
	-140,68	-112,70	-181,62

Signifikanzniveaus: *10 %, ** 5 %, ***1%

Quellen: INSM, Darstellung des ifo Instituts.

Kinder/Bevölkerung konstant sein, aber der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung unterschiedlich. Zumindest für Ost- und Westdeutschland gilt die Annahme der gleichen Verteilung der Familienstrukturen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2007)]. Ob dies aber auch auf Ebene der 100 untersuchten Städte gilt, ist nicht bekannt.

Einfluss der regionalen Faktoren

Die Variable „Ost-West“ weist das erwartete positive Vorzeichen auf. Beim Übergang von einer ostdeutschen zu einer westdeutschen Stadt steigen die verlangten Gebühren. Allerdings ist der Koeffizient dabei lediglich für die mittlere Einkommensklasse signifikant. Da der Gebührenunterschied über alle Einkommensklassen hinweg vorhanden ist, gilt festzuhalten, dass Kita-Plätze in Ostdeutschland scheinbar stärker von den Kommunen bezuschusst werden. Familien jeden Einkommens scheinen in Ostdeutschland im Durchschnitt weniger zu bezahlen als in Westdeutschland. Allerdings gilt es hier, eine Reihe möglicher Fehlerquellen zu berücksichtigen:

Aufgrund geringerer Löhne in Ostdeutschland sind die Betriebskosten für Kita-Einrichtungen geringer als in Westdeutschland. Somit kann nicht eindeutig gesagt werden, ob die geringeren Gebühren auf stärkere Bezuschussung oder geringere Betriebskosten zurückzuführen sind. Ein zusätzliches Problem ist, dass das Verhältnis von Ganztags- und Halbtagsbetreuungsplätzen in Ostdeutschland sehr hoch und in Westdeutschland gleichzeitig sehr niedrig ist. Auch hier liegen potenzielle Quellen für eine mögliche Verzerrung.

Die Versorgungsquote hat keinen eindeutigen Effekt auf die Höhe der Gebühren. Der Koeffizient ist durchgehend insignifikant. Darüber hinaus wechselt das Vorzeichen zwischen den Einkommensklassen häufig. Dies ist vermutlich auf die gesetzliche Regelung zurückzuführen, wonach jedem Kind zwischen 3 und 6 Jahren ein Versorgungsplatz anzubieten ist, falls die Nachfrage besteht. Dementsprechend können mit dem Modell nicht die theoretischen Überlegungen bestätigt werden, wonach eine höhere Versorgungsquote zu sinkenden Gebühren führt.

Die Städteanzahl erweist sich als fast durchgehend signifikant. Die Variable hat für die unteren beiden Einkommensklassen das erwartete negative Vorzeichen: Mit

steigender Anzahl an Städten sinken die Gebühren. Dies bestätigt die theoretischen Überlegungen, wonach der Fiskalwettbewerb von der Siedlungsdichte abhängig ist. Hingegen ist genau das Gegenteil für die oberste Einkommensklasse der Fall: Hier steigen die Gebühren wider Erwarten mit der Anzahl der Großstädte. Grund hierfür könnte sein, dass die Mobilität reicherer Familien aufgrund unterschiedlicher Kita-Gebühren geringer ist als es bei ärmeren Familien der Fall ist und Städte deshalb einen geringeren Anreiz haben, um das Anwerben dieser Familien zu konkurrieren.

Das in einigen Berichten formulierte Nord-Süd-Gefälle scheint durch das Modell bestätigt zu werden. Für die Ein-Kind-Familien ist es in zwei von drei Schätzungen signifikant mit negativem Vorzeichen. Das bedeutet, dass beim Übergang von Nord- nach Süddeutschland die Gebühren geringer werden. Das im Süden höhere Einkommen scheint die heimische Kinderbetreuung zu begünstigen, obwohl die Opportunitätskosten dabei im potenziellen Einkommen der Frau steigen. Neben diesem Niveau-Unterschied im Einkommen könnte auch eine unterschiedliche regionale Einstellung gegenüber außerhäuslicher Kinderbetreuung Grund für die vorliegenden Ergebnisse sein.

Zusammenfassung

Ziel dieser Untersuchung war es, die Gebührenheterogenität öffentlicher Kita-Plätze in Deutschland zu erklären. Die Schwierigkeit liegt darin, dass die Kommunen grundsätzlich relativ frei über die Gebühren entscheiden können. Jede einzelne Kommune kann somit ein eigenes ökonomisches Kalkül zugrunde legen, nach dem sie die Preise festsetzt. Trotzdem ist es gelungen, einen Teil der regionalen Varianz durch eine Reihe ausgewählter Variablen zu erklären. Insbesondere das Vorhandensein von Kindern im Kita-Alter als Maß für die potenzielle Nachfrage einerseits und den politischen Stellenwert der Kinderbetreuung in der jeweiligen Region andererseits hat sich als besonders relevant herausgestellt. Allerdings offenbart das gewählte Modell auch einige Schwächen. Diese liegen insbesondere in der restriktiven Auswahl der Variablen,

da lediglich Modellfamilien berücksichtigt werden konnten. Zudem ist der vorliegende Datensatz mit 100 Beobachtungen relativ klein. Daneben wurden ausschließlich Großstädte betrachtet. Interessant wäre es auch einmal zu schauen, wie sich die Gebührensituation in kleineren Gemeinden verhält und ob hier eventuell andere Faktoren zur Preissetzung berücksichtigt werden müssen.

Literatur

- BLACK, D. (1948): On the Rationale of Group Decision-Making, *Journal of Political Economy*, Vol. 56, S. 23–34.
- ERMISCH, J. (2003): *An Economic Analysis of the Family*, Princeton University Press.
- INSM – INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (Hrsg.) (2008): Internetressource: <http://www.insm-tagebuch.de/2008/03/29/1293/>, Zugriff: 31.07.2008.
- Parteiprogramme zur Familienpolitik der Parteien SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PDS sowie FDP der Jahre 2006 und 2007.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2007): *Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Wiesbaden.

- ¹ Im vorliegenden Bericht werden die Begriffe Kindertagesstätte (Kita) und Kindergarten synonym verwendet. Betrachtet werden ausschließlich Kinder zwischen 3 und 6 Jahren.
- ² Bei den Zwei-Kind-Familien werden die Kosten für beide Kinder zusammen angegeben.
- ³ Dies betrifft für die 100 Städte des Datensatzes die folgenden Parteien: BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, CDU, CSU, FDP, DIE LINKE.PDS und die SPD.
- ⁴ Vgl. Parteiprogramme zur Familienpolitik der Jahre 2006 und 2007.
- ⁵ Hierbei ist eine Korrelation zwischen dem Ost-West-Indikator und der Versorgungsquote möglich und wird deshalb innerhalb des Modells überprüft.
- ⁶ Um nicht den einkommensabhängigen Ergebnissen gemäß Tabelle 1 zu widersprechen, muss hierfür allerdings die Annahme getroffen werden, dass es in Süddeutschland viele Einverdienerhaushalte gibt.
- ⁷ Eine Grundannahme der KQ-Schätzung ist zwar die korrekte Modellspezifikation. Allerdings führt das Weglassen insignifikanter Parameter nur zu unwesentlich anderen Ergebnissen. Der besseren Vergleichbarkeit halber wurden deshalb immer alle Variablen berücksichtigt.

Perspektiven 2008/2009: Deutsche Wirtschaft im Abschwung¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaft verliert merklich an Schwung

Im Herbst 2008 befindet sich die Weltwirtschaft im Abschwung. Zu den Abwärtstendenzen haben verschiedene Faktoren beigetragen: der weltweite rohstoffpreisbedingte Inflationsschub, das Auftreten von Korrekturen an den Immobilienmärkten einer zunehmenden Anzahl von Ländern sowie die weltweite Finanzmarktkrise. Deren dramatische Zuspitzung in jüngster Zeit trübt den konjunkturellen Ausblick zusätzlich ein.

In einer Reihe von Industrieländern droht die Wirtschaft in eine Rezession abzugleiten. In den USA deuten viele Indikatoren auf eine sehr schwache konjunkturelle Grundtendenz hin; in Westeuropa sind die Frühindikatoren in den vergangenen Monaten drastisch gefallen, und die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte nicht mehr; in Japan brach die Nachfrage ein. Einzig in den Schwellenländern wurde die Produktion bis zuletzt noch recht kräftig ausgeweitet, wiewohl das Tempo der Expansion auch dort insgesamt nachgelassen hat.

Die Weltkonjunktur wird noch weiter an Fahrt verlieren, denn die Belastungen insbesondere vonseiten der Finanz- und der Immobilienmärkte sind gegenwärtig beträchtlich. In einigen Ländern, insbesondere dort, wo der Finanz- oder der Bausektor eine große Bedeutung hat, droht eine Rezession. Aber auch in jenen Ländern, in denen die Expansion wesentlich vom Export getragen war, fällt der Abschwung deutlich aus.

Wenn es, wie in dieser Prognose unterstellt, in den nächsten Monaten gelingt, den Bankensektor zu stabilisieren, dürfte sich ab Mitte 2009 die Weltkonjunktur allmählich erholen. Nach und nach können dann einige begünstigende Faktoren zum Tragen kommen. So wird die Inflation in den kommenden Monaten durch die jüngste Preiskorrektur an den internationalen Rohstoffmärkten weltweit gemildert. Da vor allem Preisrückgänge bei Energierohstoffen unmittelbar entlastend wirken, wird die Kaufkraft der Haushalte gestärkt. Begünstigend wirkt auch die vielfach relativ robuste Verfassung der Bilanzen von Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die Weltwirtschaft wird zudem durch die weiterhin kräftige Nachfrage aus den Schwellenländern gestützt, deren Gewicht in den vergangenen Jahren weiter stark zugenommen hat. Zwar geht auch dort der Produktionsanstieg zurück, doch bleibt der Nachfragezuwachs wohl alles in allem beachtlich.

Der größte Unsicherheitsfaktor der Prognose besteht im Ausmaß und der Dauer der Krise an den internationalen Finanzmärkten. Moderne Ökonomien sind darauf angewiesen, dass Ersparnisse über die Finanzmärkte möglichst effizient einer realwirtschaftlichen Verwendung zugeführt werden. Die Finanzmärkte werden diese Rolle nur dann in ausreichendem Maß erfüllen können, wenn es, wie in der Prognose der Institute unterstellt, in den kommenden Monaten zu einer allmählichen Stabilisierung des Bankensektors kommt. Andernfalls wäre mit einem Einbruch der Investitionstätigkeit in der Realwirtschaft zu rechnen, und die zugespitzte Lage in den Bankensystemen der USA und Europas würde über den internationalen Konjunkturverbund auch andere Volkswirtschaften mit bislang stabilen Finanzsystemen in Mitleidenschaft ziehen.

Erfahrungen aus früheren Krisen belegen, dass die Aufnahme von Eigenkapital an den Märkten üblicherweise behindert und daher entschlossenes Eingreifen des Staates gefordert ist. Dabei muss im Vordergrund stehen, das gesamte Bankensystem rasch zu rekapitalisieren. Allerdings sollte eine solche staatlich initiierte Rekapitalisierung so gestaltet werden, dass die Fehlanreize und die Ineffizienzen, die damit verbunden sind, möglichst gering sind. Zur Abwehr der Gefahren, die von den jüngsten Entwicklungen an den Finanzmärkten ausgehen, sollte der Staat dem Bankensektor über den Beteiligungserwerb Kapital bereitstellen. Hierbei wäre es von Vorteil, wenn mit der Ausgabe von Anteilen an den Staat eine Emission neuer Anteile am Kapitalmarkt kombiniert wird.

Deutsche Wirtschaft: Am Rand der Rezession

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst des Jahres 2008 am Rande einer Rezession. Zahlreiche negative Schocks aus dem Ausland hatten bereits eine Eintrübung des Konjunkturklimas bewirkt, und mit der Zuspitzung der Lage an den Finanzmärkten haben sich die Aussichten deutlich verschlechtert. Deutschland ist von der internationalen Konjunkturschwäche in besonderem

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Maße betroffen, weil vor allem die Nachfrage nach Investitionsgütern zurückgeht, die im deutschen Exportsortiment eine überragende Rolle spielen. Auch traf die weltweite Abkühlung der Konjunktur auf eine deutsche Wirtschaft, die an preislicher Wettbewerbsfähigkeit fast zwei Jahre lang aufgrund der Aufwertung des Euro eingebüßt hatte. Schließlich hatte der massive Anstieg der Weltmarktpreise für Energieträger, Rohstoffe und Nahrungsmittel die Terms of Trade verschlechtert, und dies traf in erster Linie die Konsumenten. Die Teuerung beschleunigte sich spürbar, und damit gingen die Realeinkommen zurück, obwohl die Nominaleinkommen recht deutlich stiegen; die privaten Konsumausgaben sanken real.

Die vorlaufenden konjunkturellen Indikatoren lassen für die kommenden Monate einen Produktionsrückgang erwarten. Vor allem aber haben sich die Erwartungen der Unternehmen in nahezu allen Sektoren der Wirtschaft in einem Maße verschlechtert, wie das in der Vergangenheit nur in Rezessionen zu beobachten war. Nach Einschätzung der Institute geht das Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Jahreshälfte voraussichtlich mit einer laufenden Jahresrate von 0,7 % zurück. Für das Jahr 2008 insgesamt ergibt sich dennoch eine Zunahme um 1,8 % (vgl. Tab. 1).

Um der gestiegenen Unsicherheit für das kommende Jahr Rechnung zu tragen, haben die Institute neben einer keineswegs optimistischen Basisprognose auch ein Risikoszenario durchgerechnet. In ihrem Basisszenario prognostizieren sie, dass sich die gesamtwirtschaftliche Produktion nach dem Jahreswechsel allmählich belebt. Dafür spricht die im Vergleich zu früheren Abschwüngen deutlich günstigere Ausgangslage der Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Sie haben ihre Bilanzen in den vergangenen Jahren konsolidiert und an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen, auch aufgrund der Reformen am Arbeitsmarkt. Auch spricht die bislang robuste Beschäftigungslage gegen einen Einbruch bei den verfügbaren Einkommen. Schließlich dürfte die Struktur des Finanzsektors in Deutschland mit der relativ hohen Bedeutung des traditionellen Bankgeschäfts dafür sorgen, dass die internationale Bankenkrise weniger stark auf die Konjunktur durchschlägt als in anderen Ländern.

Stützend wirken im Prognosezeitraum die privaten Konsumausgaben. Die verfügbaren Einkommen werden selbst bei der schlechter werdenden Lage am Arbeitsmarkt noch recht kräftig expandieren, da die Beschäftigung nur wenig sinkt, die Löhne teilweise spürbar angehoben werden und die Transfereinkommen stärker steigen, insbesondere weil die Renten der Lohnentwicklung mit Verzögerung folgen. Da sich zugleich die Teuerung zurückbildet, dürften die Realeinkommen, wenn auch nur leicht, zunehmen. Die Investitionstätigkeit bleibt

hingegen zunächst gedrückt, da die Kapazitätsauslastung fällt, die Finanzierungskosten steigen und vor allem die Absatz- und Ertragserwartungen ungünstig sind. Die Unternehmen werden ihre Investitionsbudgets erst im Verlauf von 2009 leicht aufstocken. Dabei spielt eine Rolle, dass die Geldpolitik gelockert wurde. Mit der von den Instituten erwarteten allmählichen Stabilisierung der Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres ziehen dann auch die Exporte an, zumal sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit insbesondere aufgrund der jüngsten Abwertung des Euro wieder etwas verbessert hat. Alles in allem beinhaltet dieses Basisszenario für das Jahr 2009 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um lediglich 0,2 % (vgl. Abb. 1).

Die rückläufige Kapazitätsauslastung dürfte in den kommenden Monaten zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Die Erwerbstätigkeit wird bis zur Jahreswende leicht steigen und erst im Jahresverlauf 2009 zurückgehen, am Jahresende werden rund 350.000 Menschen weniger beschäftigt sein als zu Jahresbeginn. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen erhöht sich nicht ganz spiegelbildlich dazu, da das Erwerbspersonenpotenzial aus demographischen Gründen leicht sinkt und ein Teil derer, die den Arbeitsplatz verlieren, wahrscheinlich in die Stille Reserve abwandert.

Im *Risikoszenario* würde sich die Konjunktur im kommenden Jahr stärker und länger abschwächen, als im Basisszenario prognostiziert. Hier ist unterstellt, dass die Weltwirtschaft in eine Rezession gerät, die Finanzierungskosten sich infolge der Finanzmarktkrise deutlich erhöhen und die Verunsicherung der privaten Haushalte dazu führt, dass sie sich mit ihren Konsumausgaben zurückhalten. In diesem Fall geriete Deutschland in eine ausgeprägte Rezession wie beispielsweise nach den Ölpreisschocks in den siebziger Jahren und zu Beginn der achtziger Jahre. Das Bruttoinlandsprodukt würde um 0,8 % im Jahresdurchschnitt sinken. Besonders stark würden die Investitionen in Ausrüstungen fallen, was ähnlich auch in früheren Rezessionen zu beobachten war. Die Lage am Arbeitsmarkt würde sich deutlich verschlechtern. Die Arbeitslosenquote dürfte dann im Jahr 2009 auf 8,3 % steigen, und es gingen rund 500.000 Arbeitsplätze gegenüber 2008 verloren. Die Institute halten ein solches Szenario aber für weniger wahrscheinlich als ihre Basisprognose.

Exkurs: Ostdeutschland

In Ostdeutschland blieb der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr erneut hinter dem im früheren Bundesgebiet zurück. Zwar entwickelte sich der Unternehmenssektor in etwa im Gleichschritt mit dem in

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,2	0,8	3,0	2,5	1,8	0,2
Westdeutschland ^a	1,0	0,9	3,0	2,5	1,8	0,2
Ostdeutschland ^b	1,3	0,2	2,2	2,2	1,3	0,0
Erwerbstätige ^c (in 1.000 Personen)	38.880	38.851	39.097	39.768	40.303	40.223
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.381	4.861	4.487	3.776	3.263	3.263
Arbeitslosenquote ^d (in %)	10,1	11,1	10,3	8,7	7,5	7,5
Verbraucherpreise ^e						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,7	1,6	1,6	2,3	2,8	2,3
Lohnstückkosten ^f						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-0,4	-0,9	-1,3	0,4	1,6	2,3
Finanzierungssaldo des Staates ^g						
in Mrd. €	-83,5	-74,3	-35,9	3,1	3,8	0,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,3	-1,5	0,1	0,2	0,0
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. €)	102,9	116,6	141,5	184,0	188,4	190,2

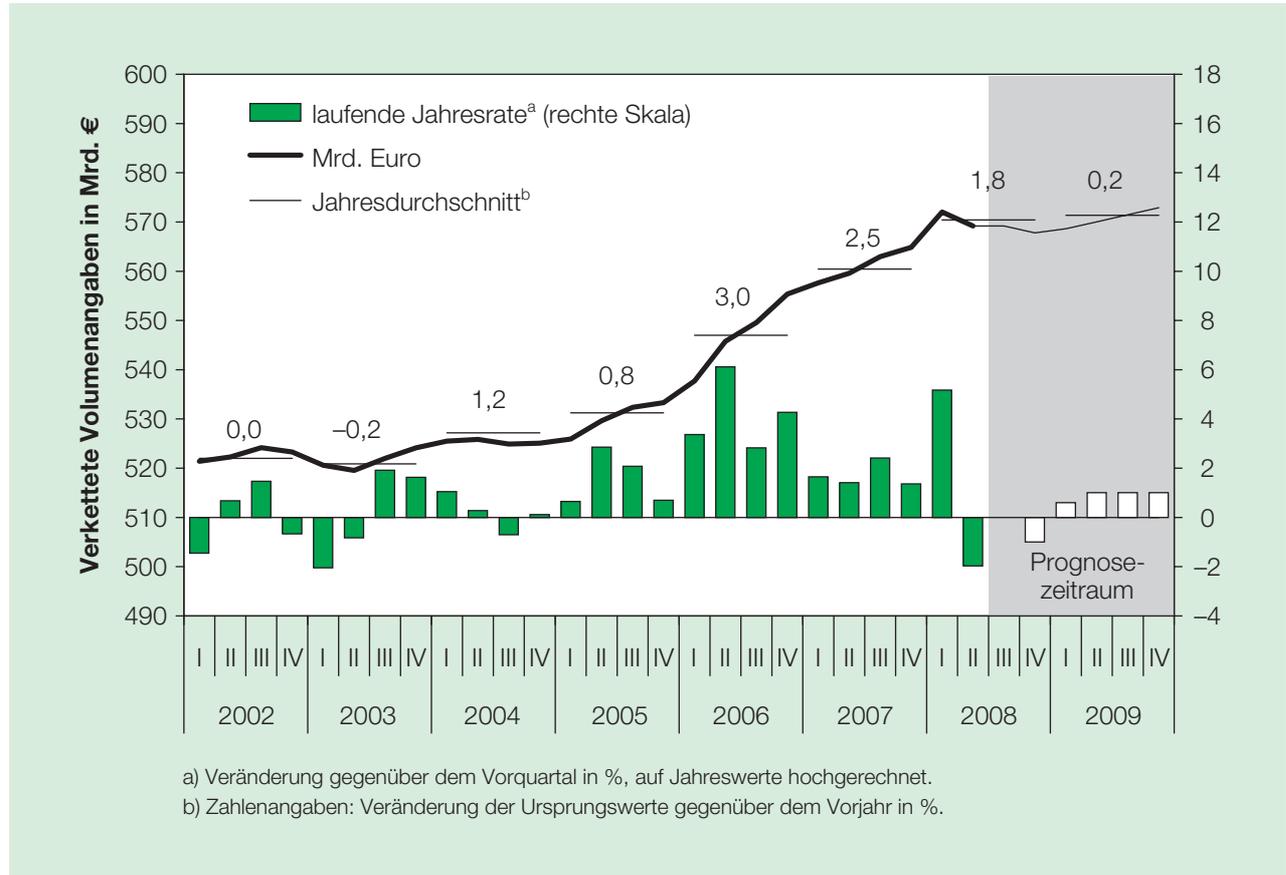
a) Einschließlich Berlin. – b) Ohne Berlin. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – e) Verbraucherpreisindex (2005=100). – f) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – g) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Deutsche Bundesbank; 2008 und 2009: Prognose der Institute.

Westdeutschland, die notwendige Rückführung des Staatssektors dämpfte jedoch erneut den gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachs. Die Industrieproduktion expandierte zum wiederholten Male kräftiger als in den alten Ländern. Demgegenüber stand jedoch ein weiterer Rückgang der Produktion im Baugewerbe. Im Handel und bei den personennahen Dienstleistern nahm die Wertschöpfung aufgrund der demographisch bedingt sinkenden Zahl an Konsumenten ab. Dieses Entwicklungsmuster setzt sich im Prognosezeitraum fort. Zwar leidet auch die ostdeutsche Wirtschaft unter der Finanzmarkt-

krise und ihren Folgen für die Realwirtschaft. Diese sind aber relativ gering wegen ihrer schwächeren Abhängigkeit von der internationalen Konjunktur und wegen der stärkeren Ausrichtung der Exporte auf Länder in Mittel- und Osteuropa, die weniger von der Finanzmarktkrise betroffen sind. Zudem stiegen die Lohnstückkosten im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe schwächer als im westdeutschen. Dennoch wird das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland in diesem Jahr nur um 1,3 % zunehmen. Im kommenden Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnieren.

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2008: Prognose der Institute.

Zur Wirtschaftspolitik

Die Politik ist derzeit zu Recht darauf konzentriert, die Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems abzuwenden. Die Aufgabe ist extrem schwierig: Einerseits muss verhindert werden, dass es zu einer systemischen Krise kommt. Hierbei darf sich die Politik nicht auf die Rettung schwacher Banken konzentrieren, sondern sollte eine umfassende Lösung anstreben. Andererseits sollte sie darauf achten, dass die Belastungen für die Steuerzahler nicht zu groß werden. Zu einem Gesamtkonzept würde daher auch gehören, dass der Staat an den Gewinnen partizipiert, die aus der Überwindung der Krise entstehen. In der aktuellen Situation ist es hilfreich, dass sich die Finanzlage des Staates in den vergangenen Jahren erheblich verbessert hat. Daher ist es möglich und sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren in der Finanzpolitik wirken zu lassen. Insofern ist Deutschland finanzpolitisch in einer komfortableren Position als andere große Länder in der EU, die ebenfalls am Rande einer Rezession stehen.

Im Zuge der Konjunkturschwäche wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte, die bislang annähernd aus-

geglichen sind, verschlechtern. Dies ist für sich genommen kein Anlass, Maßnahmen zur Vermeidung eines Defizits zu ergreifen, denn entscheidend für die Beurteilung der Finanzlage ist der strukturelle (konjunkturbereinigte) Budgetsaldo. Auch sollte man Belastungen als Folge der Bankenkrise nicht zum Anlass nehmen, einen restriktiven finanzpolitischen Kurs einzuschlagen, weil es sich um Einmaleffekte handelt. Die Frage ist, ob die Finanzpolitik Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur ergreifen sollte.

Die Institute halten Konjunkturprogramme im herkömmlichen Sinne für wenig Erfolg versprechend. Es ist aber denkbar, dass der Staat solche Maßnahmen rasch umsetzt, die zur Stärkung der Wachstumskräfte auf mittlere Sicht sinnvoll oder aufgrund der Gesetzeslage ohnehin unausweichlich sind. Zwar sind die konjunkturellen Wirkungen einer solchen Politik begrenzt, jedoch sind die langfristigen Effekte positiv einzuschätzen.

Die Politik könnte sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite ansetzen. So bietet sich eine Reduktion der Einkommensteuerbelastung an, auch eine Senkung der Sozialabgaben ist rasch umsetzbar

und beschäftigungspolitisch sinnvoll. Auf der Ausgaben-
seite kann erwogen werden, ohnehin geplante, das
Wachstum fördernde Investitionen in Bildung, Forschung
und Infrastruktur zeitlich vorzuziehen. Das alles bedeutet
nicht, dass der Konsolidierungskurs grundsätzlich ver-
lassen werden darf. Daher sollte gleichzeitig mit den
Abgabensenkungen und den zusätzlichen Ausgaben ver-
bindlich festgelegt werden, wie die nachträgliche Finan-
zierung der Maßnahmen erfolgt, damit es nicht zu einer
dauerhaft höheren Staatsverschuldung kommt. So sollte
beschlossen werden, ab dem Jahr 2010 Subventionen
stärker abzubauen als absehbar oder den Anstieg kon-
sumtiver Ausgaben eng zu begrenzen. Damit würde
sichergestellt, dass es mittelfristig bei dem Konsolidie-
rungskurs bleibt.

Die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) hat mit einer Än-
derung ihrer Liquiditätspolitik auf die Finanzmarktkrise
reagiert und nach der jüngsten Zuspitzung der Krise
die Zinsen gesenkt; dies wird den konjunkturellen Ab-
schwung begrenzen. Im Prognosezeitraum ist mit wei-
teren Zinssenkungen zu rechnen. Allerdings muss die
Notenbank dabei sicherstellen, dass die mittelfristigen In-
flationserwartungen nach den Preisschüben im vergan-
genen Jahr am impliziten Inflationsziel der EZB verankert
sind.

¹ *Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2008, veröffent-
licht in: ifo Schnelldienst, 20/2008, S. 3 ff.*

Politische und wirtschaftsgeographische Entwicklungsfaktoren der Slowakischen Republik

Jürgen Riedel*

Die Slowakische Republik als Gegenstand einer sozio-ökonomischen Analyse ist von besonderem wirtschafts-politischen Interesse, weil erstens das Land seit 2006 eine neue Regierung hat, die den bisherigen „markt-radikalen“ Kurs der DZURINDA-Regierung (1998 bis 2006) einer Überprüfung unterzieht. Die vom neuen Ministerpräsidenten Robert Fico unter anderen anvisierten Ziele, wie eine stärkere Rolle des Staates, die Nivellierung der Einkommen und bessere soziale Absicherungssysteme, haben bereits in der Arbeitsmarktreform (seit September 2007 in Kraft) und der Revision der Sozialversicherungsgesetze ihren Niederschlag gefunden. Unter diesen Bedingungen ist es deshalb nicht einfach, das Thema „sozioökonomische Entwicklungstrends der slowakischen Republik“ statistisch fundiert zu behandeln, da die Statistiken die Auswirkungen des Regierungswechsels (2006) noch nicht hinreichend widerspiegeln können. So werden die folgenden Ausführungen die Trends auf der Grundlage der Entwicklungen bis 2007/2008 analysiert. Dabei kann wohl durchaus unterstellt werden, dass die dramatisierenden Befürchtungen der Wahlkampfzeit zu einer radikalen sozialistisch-orientierten Trendwende einem eher pragmatisch sozial orientierten marktwirtschaftlichen Kurs gewichen sind.

Zweitens zieht die Slowakei aber auch aus wirtschaftsgeographischen Gründen ein besonderes Interesse auf sich:

- Erstens liegt sie in der Mitte der Nord-Süd-Achse der neuen östlichen EU-Mitgliedstaaten und grenzt an die fünf Länder Österreich, Polen, Tschechische Republik, Ungarn und Ukraine.
- Zweitens bildet sie zusammen mit Österreich, der Tschechischen Republik und Ungarn einen Vier-Länder-Raum im Herzen Europas mit jahrhundertealten kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, ja sogar Integrationserfahrungen.
- Drittens ist sie durch ihre Lage an der Donau mit einer Verkehrsader verbunden, die den Güteraustausch einerseits zu den Balkan- und Schwarzmeerstaaten begünstigt und andererseits über den Rhein-Main-Donau-Kanal Verbindungen nach West- und Nord-europa schafft.
- Viertens bildet die slowakische Hauptstadt Bratislava zusammen mit der österreichischen Hauptstadt Wien und weiteren mittleren Städten einen wirtschaftlichen Ballungsraum, der in den letzten Jahren eine beachtliche Wirtschaftsdynamik entfaltet hat und sich

weiter in Richtung Győr und Budapest nach Ungarn ausdehnt. Bratislava ist auf dem Weg, zu einer der wichtigsten Autobahndrehscheiben in der EU zu werden.

- Fünftens gibt es keine andere Region in der EU, in der die Hauptstädte einer wirtschaftlich reichen und einer ehemals staatlich gelenkten, ärmeren Wirtschaft so nah beieinander liegen. Dies hat den Transformationsprozess und die sozioökonomische Entwicklung in der Slowakei, insbesondere das Wachstum in der Region Bratislava, aber auch in den benachbarten österreichischen Regionen, begünstigt.
- Sechstens ist Bratislava zu einem bevorzugten Standort für ausländische Direktinvestitionen geworden. Seine Attraktivität wird auch dadurch erhöht, dass das ausländische Führungspersonal seine Wohnorte in Wien und Umgebung nehmen kann, die auch eine exzellente deutschsprachige und internationale Schul- und Bildungsinfrastruktur bieten.

Der folgende Beitrag befasst sich erstens mit dem Vergleich der sozioökonomischen Entwicklungen zwischen der Slowakei und den anderen neuen östlichen Mitgliedsstaaten der EU. Anhand makroökonomischer und anderer Indikatoren wird der relative Erfolg der sozioökonomischen Entwicklung der Slowakei verdeutlicht. In einem zweiten Teil werden weitere Merkmale des slowakischen Entwicklungspfades aufgezeigt.

1. Die Slowakische Republik im Vergleich mit den anderen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten (MOEL)

Bruttoinlandsprodukt

Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) Ende der Neunziger Jahre befindet sich die slowakische Wirtschaft seither im Aufwind. Die Wachstumsrate des BIP stieg von 0,7 % (2000) kontinuierlich auf 8,3 % im

* Dr. Jürgen Riedel, Transformationsprozesse und Strukturpolitik (TraSt) – Forschung und Beratung, München/Dresden. Dr. Riedel war von 1993 bis 2001 Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden.

Jahre 2006 an. Damit erzielte die Slowakei die höchste Wachstumsrate aller MOEL mit Ausnahme der baltischen Staaten Estland und Lettland. Prognosen gehen davon aus, dass sich das Wachstum bis 2009 zwar abschwächt, aber sein relativ hohes Niveau beibehält. Die Slowakei ist zu einer Wachstumsregion der EU geworden (vgl. Tab. 1).

Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung – eine Messziffer für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen – hat sich in der Slowakei stark erhöht. Gemessen am EU-(25)-Durchschnitt stieg der Index von 49 (1997) auf

60 (2006) und dürfte, bezogen auf den EU-(27)-Durchschnitt, im Jahr 2008 fast 70 % anvisieren. Dennoch erreicht der slowakische Index im Vergleich zu den hier betrachteten Ländern (vgl. Tab. 2) nur einen Mittelwert und ist seit 1997 sogar vom 3. auf den 5. Rang zurück gefallen.

Die beiden Nachbarländer Tschechien und Ungarn sowie auch Slowenien und Estland haben ein höheres Pro-Kopf-Einkommen. Drei der acht in der Tabelle 2 aufgeführten Länder dürften, gemessen am EU-27-Durchschnitt, bereits im Jahr 2008 die Ziel-1-Schwelle der Strukturfondsförderung (75 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der EU) überschritten haben:

Tabelle 1: Reale jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in %

	2005	2006	2007	2008 ^a	2008 ^b	2009 ^b
Estland	10,5	11,3	9,5	8,8	-1,2	1,7
Lettland	10,2	11,7	9,0	8,0	0,5	0,4
Litauen	7,6	7,4	7,4	6,4	4,7	3,8
Polen	3,6	6,1	5,5	4,7	5,2	4,2
Slowakei	6,0	8,5	10,4	7,1	7,5	6,0
Slowenien	4,0	5,2	4,6	4,9	5,1	4,0
Tschechien	6,1	6,1	4,5	4,2	4,0	3,2
Ungarn	4,2	3,9	2,9	3,4	2,5	3,3
EU-MOEL	4,8	6,4	5,5	5,0	–	–
EU-15	1,5	2,8	2,4	2,2	–	–
EU-27	1,8	3,0	2,9	2,7	–	–

a) Schätzungen August 2007. – b) Schätzungen Oktober 2008.

Quelle: Bank Austria Creditanstalt, Wien, August 2007.

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (EU-25=100)

	1997	2000	2003	2006	2008
Estland	39	42	51	64	73
Lettland	33	35	41	53	60
Litauen	36	37	47	55	60
Polen	44	46	47	50	55
Slowakei	49	48	52	60	66
Slowenien	72	73	77	83	86
Tschechien	69	65	70	76	80
Ungarn	49	53	60	62	64
EU-15	109	109	108	107	102
EU-27	94	94	95	95	95

Quelle: Eurostat.

Tschechien und Slowenien haben aus nationaler Sicht bereits 2006 diese Schwelle hinter sich gelassen – ungeachtet der regionalen Wohlstandsgefälle innerhalb dieser Länder.

Im Jahr 1997 bestanden zwischen den acht MOEL noch beträchtliche BIP-Pro-Kopf-Unterschiede: zwischen 33 (Lettland) und 72 (Slowenien). Seither haben sich die Werte angeglichen und schwanken nur noch zwischen 50 (Polen) und 83 (Slowenien).

Gewerbliche Investitionen

Die gewerblichen Investitionsquoten haben sich in den MOEL insgesamt tendenziell erhöht (vgl. Tab. 3).

Insbesondere in den baltischen Staaten Estland und Lettland kann von einem Investitionsboom für den Zeitraum von 1995 bis 2005 gesprochen werden. Andererseits verzeichnen Litauen und Polen nur eine geringe Zunahme bei niedrigem Niveau. In Tschechien und Ungarn ging die Quote von einem relativ hohen Niveau zurück. Die slowakische Quote stieg von 1995 bis 2005 auf ein Rekordniveau von 32 % an und zeigt nach einem anschließenden Rückgang wieder einen leichten Aufwärtstrend. Die Slowakei nimmt bei der Investitionsquote einen mittleren Rang (4) ein.

Länderbewertungen

Die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten werden in den hier analysierten MOEL relativ positiv beurteilt. Die WELTBANK bewertet diese Bedingungen (Zeit-

Kosten-Aufwand etc.) nach verschiedenen Kriterien, von denen die wichtigsten sind:

- Rechtliche Rahmenbedingungen und Regulierungspraxis bei der laufenden Geschäftstätigkeit (ease of doing business),
- Geschäftsgründungen (starting a business),
- Lizenzverfahren (dealing with licences),
- Beschäftigung von Arbeitskräften (employing workers),
- Eigentumsrechte (registering property).

Bei dem ersten Kriterien liegen die MOEL mit Ausnahme Polens (Rang 74) im vorderen (günstigen) Drittel unter den 178 bewerteten Ländern (vgl. Tab. 4). Nach den drei baltischen Staaten folgt die Slowakei (Rang 32) vor den Ländern Ungarn (45), Slowenien (55) und Tschechien (56).

Bei dem zweiten Kriterium ist die Rangordnung der sieben Länder fast die gleiche; allerdings liegen die Ränge wesentlich schlechter, nämlich zwischen 20 und 129. Noch schlechter fallen die Bewertungen der WELTBANK bei den Beschäftigungskriterien aus. Hier nimmt die Slowakei (Rang 75) nach Tschechien (55) den zweiten Rang ein, gefolgt von Polen (78), Ungarn (81), Lettland (96), während die drei Länder Litauen (124), Estland (156) und Slowenien (166) aus der Sicht der WELTBANK im internationalen Maßstab sehr negative Beurteilungen erhalten. Es würde an dieser Stelle zu weit gehen, auf die Diskrepanzen zwischen den Rangordnungen der verschiedenen Kriterien einzugehen. Immerhin liegt die Schlussfolgerung nahe, dass mit dem stürmischen Wirtschaftswachstum Beschäftigungsprobleme gerade in den drei wachstumsstarken Staaten Estland, Litauen und Slowenien entstanden sind. Zudem lassen diese Ergebnisse

Tabelle 3: Gewerbliche Investitionen – Bruttoanlageinvestitionen des privaten Sektors in % des BIP

	1995	2000	2002	2004	2005	2006
Estland	21	22	25	28	28	30
Lettland	12	23	23	24	29	31
Litauen	18	16	17	19	19	19
Polen	14	21	15	15	15	16
Slowakei	22	32	24	22	25	24
Slowenien	21	22	20	21	21	26
Tschechien	26	23	24	21	20	20
Ungarn	20	20	18	19	19	17
EU-15	17	18	17	17	17	–
EU-27	–	18	17	17	17	–

Quelle: Eurostat.

Tabelle 4: Körperschaftsteuersätze und Investitionsbedingungen^a

	Rang ^b	Steuersätze ^c		Länderrating ^d
	2007	2003	2007	2006/2008
Estland	17	26	0	= - -
Lettland	22	19	15	- - -
Litauen	26	15	15	= - -
Polen	74	27	19	= + =
Slowakei	32	25	19	+ = +
Slowenien	55	25	23	+ = =
Tschechien	56	31	24	+ = =
Ungarn	45	18	16	= - =
EU-10	-	-	16,8	
EU-15	-	-	26,9	
EU-27	-	-	22,6	

a) Ease of doing business (Weltbank). – b) Unter 178 Ländern. – c) Auf einbehaltene Gewinne. – d) Moody's, S&P, Fitch (Prognose: + positiv, = stabil, – negativ)

Quellen: Weltbank (2007a), HypoVereinsbank (2007), Uhl und Rixen (2007).

erkennen, dass die Bewertungsmethodik und die Quellen der Bewertung einer kritischen Analyse bedürfen.

Die Rating Agenturen MOODY'S, S&P und FITCH bewerten alle MOEL relativ günstig. Mit Ausnahme von Lettland und Ungarn (überwiegend B-Bewertungen) erhielten im Oktober 2008 alle anderen MOEL A-Bewertungen. Dabei nahmen Slowenien, Slowakei und Tschechien die vorderen Plätze ein. Insbesondere für die Slowakei werden weitere Verbesserungen erwartet (vgl. Tab. 4).

Ein Merkmal für die Attraktivität eines Standortes für Investitionen ist die Höhe der Körperschaftsteuersätze. Hier verdeutlicht die Tabelle 4, dass seit 2003 in den MOEL ein Wettlauf um niedrigere Steuersätze stattgefunden hat. Mit Ausnahme von Litauen haben alle MOEL ihre Sätze zum Teil erheblich verringert. Dabei haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern beträchtlich eingeebnet.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Das Wirtschaftswachstum in den MOEL hat sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung positiv ausgewirkt. In 5 der 8 Staaten hat sich die Beschäftigungsquote von 1998 bis 2006 erhöht (vgl. Tab. 5).

In der Slowakei ebenso wie in Tschechien und vor allem in Polen ist sie jedoch zurückgegangen. Die Quote in der Slowakei liegt nur an sechster Stelle der acht Länder.

Daraus kann geschlossen werden, dass die stark angewachsene Wirtschaftsleistung wohl weniger auf eine Beschäftigungsexpansion als vielmehr auf eine relativ starke Zunahme der Arbeitsproduktivität zurückzuführen ist. Diese hat sich außerhalb der drei baltischen Staaten in keinem der anderen MOEL von 2000 bis 2006 so stark erhöht wie in der Slowakei (von 55 bis 67, gemessen am EU-27-Durchschnitt=100). Damit liegt sie zwar nach wie vor nur im Mittelfeld, hat sich aber den vor ihr platzierten Ländern Slowenien, Ungarn und Tschechien angenähert. Das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards je Beschäftigten, d. h. die Arbeitsproduktivität bzw. das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist in allen MOEL erheblich stärker angestiegen als der EU-27-Durchschnitt. Das gilt vor allem für die baltischen Staaten, deren Ausgangsniveaus im Jahr 1997 sehr niedrig waren, aber eben auch für die Slowakei.

Die befristete Beschäftigung hat seit 2000 in allen MOEL sowohl bei Frauen als auch bei Männern zugenommen; am stärksten in Polen, wo sie mit Abstand das höchste Niveau erreicht hat, gefolgt von Slowenien und Lettland (vgl. Tab. 6).

In Polen ist jeder vierte Beschäftigte (Frauen und Männer) nur befristet angestellt. Der Anteil der befristeten Verträge hat sich von 2000 bis 2005 mehr als verdoppelt. Estland und die Slowakei haben mit 2,5 % (Frauen) und 4,1 % (Männer) bzw. 4,9 % und 5,1 % die geringsten Befristungsanteile. Aber auch dort sind diese angestiegen. Allerdings ist auch zu vermerken, dass der

Tabelle 5: Beschäftigungsquote^a und Arbeitsproduktivität^b

	Beschäftigungsquote			Arbeitsproduktivität ^c	
	1998	2002	2006	2000	2006
Estland	65	62	68	44	60
Lettland	60	60	66	38	50
Litauen	62	60	64	40	56
Polen	59	52	55	52	59
Slowakei	61	57	59	55	67
Slowenien	63	63	67	71	79
Tschechien	67	65	65	58	68
Ungarn	54	56	57	61	71
EU-27	61	62	64	100	100

a) Anteil der erwerbstätigen Personen an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren. – b) Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandard je Beschäftigten. – c) Im Verhältnis zum EU-Durchschnitt=100.

Quelle: Eurostat.

Tabelle 6: Befristete Beschäftigung in % der Gesamtbeschäftigten

	Insgesamt befristete Verträge				Unfreiwillig befristete Verträge			
	Frauen		Männer		Frauen		Männer	
	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005
Estland	–	2,5	3,1	4,1	–	–	2,4	–
Lettland	4,6	6,0	8,9	11,4	3,7	2,1	6,6	4,8
Litauen	2,6	3,3	4,9	6,9	2,0	2,8	3,4	5,5
Polen	11,4	24,6	12,4	26,3	5,5	12,0	6,4	13,7
Slowakei	4,3	4,9	3,8	5,1	2,6	3,0	3,0	3,9
Slowenien	13,5	18,1	12,4	16,0	6,0	8,2	5,3	8,0
Tschechien	9,4	9,7	7,0	7,8	3,7	6,3	2,9	5,3
Ungarn	6,4	6,5	7,3	7,8	2,5	3,0	3,7	3,9
EU-25	14,1	14,9	12,5	13,9	6,6	7,5	5,7	6,7

Quelle: Arbeitskräfteerhebung der EU, Eurostat.

EU-25-Durchschnitt bei der befristeten Beschäftigung – mit Ausnahme von Polen und Slowenien – zum Teil erheblich über demjenigen in den anderen MOEL liegt; letztere haben sich jedoch im Zeitraum von 2000 bis 2005 diesem EU-Durchschnitt angenähert. Ähnliche Strukturen zeigt die unfreiwillig befristete Beschäftigung, die ebenfalls von 2000 bis 2005 – mit Ausnahme von Lettland – in allen anderen MOEL stark zugenommen hat. Mit gewissen Abweichungen müssen etwa die Hälfte der befristeten Beschäftigten einen befristeten Vertrag

unfreiwillig hinnehmen. In der Slowakei ist dieser Anteil bei insgesamt niedrigem „Befristungsniveau“ relativ hoch. Befristete Beschäftigung gerade in den stark wachsenden Volkswirtschaften der neuen EU-Mitgliedsstaaten beinhaltet das Risiko, dass die dünne Schicht der Hochqualifizierten versucht, im Ausland eine unbefristete Beschäftigung zu finden und damit ihren Heimatländern die für die Verstärkung ihres Wachstumsprozesses so notwendigen, besonders wertvollen Humanressourcen entzieht.

Trotz hohen Wirtschaftswachstums leidet die Slowakei unter besonders hoher Arbeitslosigkeit. Mit einer Arbeitslosenquote von 10,7 % stand die Slowakei im Juni 2007 knapp vor Polen an der Spitze der MOEL. Nach der Definition der INTERNATIONAL LABOUR ORGANISATION (ILO) schwanken die Arbeitslosenquoten in den MOEL zwischen 4,7 % (Litauen) und 10,7 % (Slowakei). Bei den Langzeitarbeitslosen führt die Slowakei unangefochten mit 10,2 % diese Ländergruppe an. Auch bei der Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren steht die Slowakei knapp hinter Polen mit an der Spitze. Es ist schon bedenklich, dass in diesen Wachstumsökonomien jeder Fünfte unter 25 Jahren nicht in den Arbeitsprozess integriert werden kann.

Ein etwas weniger ungünstiges Bild zeigt sich bei der Armut in der Slowakei. Die so genannte Armutsgefährdungsquote (vgl. Tab. 7) betrug 2005 13 %. D.h. 13 % der Personen haben ein verfügbares Einkommen, das weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens beträgt. Nach den Berechnungen von EUROSTAT besteht ein erhebliches Armutsgefälle zwischen den nördlichen und südlichen MOEL. In ersteren sind die Armutsquoten hoch und schwanken zwischen 18 % (Estland) und 21 % (Litauen, Polen), in letzteren zwischen 10 % (Tschechien) und 13 % (Slowakei, Ungarn); diese Quoten liegen auch unter dem EU-25-Durchschnitt.

Zwischenfazit

Der Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den MOEL anhand ausgewählter makroökonomischer Indikatoren hat gezeigt, dass die Slowakei zwar seit 2000 eine sehr hohe Wachstumsdynamik erzielt hat, sich aber bei den anderen Merkmalen im Mittelfeld befindet. Prekär ist jedoch die Situation des Arbeitsmarktes. Die relativ hohe Arbeitslosigkeit in der Slowakei, insbesondere bei den Unter-25-Jährigen und Langzeitarbeitslosen, verdeutlicht, dass das Wachstum sich bisher – im Verhältnis zu den anderen MOEL – noch zu wenig auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen hat.

2. Der Entwicklungsprozess in der Slowakei

Wie schon bei den obigen vergleichenden Analysen der MOEL ausgeführt, befindet sich die Slowakei seit 2004 auf einem stark ansteigenden Wachstumspfad (vgl. Tab. 8).

Nicht nur das BIP, die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte ebenso wie die Importe haben sich kräftig erhöht, sondern auch die privaten Haushalte konnten ihre Konsumausgaben steigern, allerdings geringer als

Tabelle 7: Arbeitslosigkeit

	Arbeitslosenquote ^a März 2008 (in %)			Armutsgefährdungs- quote ^b
	Gesamt	Unter 25 Jahre	Langzeitarbeits- lose (2006)	2005 (in %)
Estland	5,4	9,2	2,8	18
Lettland	6,2	8,8	2,5	19
Litauen	4,7	9,1	2,5	21
Polen	11,1	21,3	7,8	21
Slowakei	10,3	20,0	10,2	13
Slowenien	5,0	9,5	2,9	12
Tschechien	5,6	12,4	3,9	10
Ungarn	8,0	19,7	3,4	13
EU-27	6,9	15,5	3,6	16 ^c

a) Arbeitslose sind Personen zwischen 15 und 74 Jahren, die ohne Arbeit sind, innerhalb der beiden nächsten Wochen eine Arbeit aufnehmen können und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv eine Arbeit gesucht haben (ILO); Arbeitslosenquote ist die Zahl der Arbeitslosen als prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Zahl der Erwerbstätigen und Zahl der Arbeitslosen) in %. – b) Anteil der Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60 % des Durchschnittseinkommens nach Sozialtransfers. – c) EU-25.

Quelle: Eurostat.

Tabelle 8: Slowakei: Wirtschaftliche Kennziffern

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ^a
BIP (real)	4,1	4,8	5,2	6,6	8,5	10,4	7,5
Bruttoanlageinvestitionen (nominal)	5,8	2,7	11,8	25,3	14,7	20,4	17,3
Konsumausgaben privater Haushalte (real)	5,2	0,1	3,8	7,2	6,3	7,1	7,1
Staatskonsum (real)	5,2	3,9	2,0	-0,6	4,1	0,7	4,8
Exporte	-7,3	23,2	12,0	11,7	24,6	15,2	13,4
Importe	-9,0	10,5	14,7	13,7	24,3	10,2	13,6
Wechselkurs SKK/€	-1,4	-1,8	-3,3	-3,6	-3,5	-2,8	10,3
Inflationsrate	3,5	8,5	7,4	2,7	4,2	3,4	3,6
Werte in % des BIP	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ^a
Handelsbilanzsaldo	-8,6	-1,9	-3,7	-5,1	-5,5	-1,2	-0,4
Leistungsbilanzsaldo	-7,8	-0,8	-3,4	-8,4	-8,2	-5,7	-6,0
Öffentliche Verschuldung	43,3	42,4	41,4	34,2	30,4	29,4	28,8
Auslandverschuldung	54,5	52,3	-	58,5	50,9	54,7	51,0
Ausländische Direktinvestitionen	2,9	2,9	2,9	4,4	7,5	3,8	3,7
Leitzins der Zentralbank	6,5	6,0	4,0	3,0	4,8	4,3	5,3

a) Schätzung.

Quellen: Deutsch-Slowakische Handelskammer, UniCredit Bank Austria AG..

das BIP. Die Wachstumsraten der öffentlichen Ausgaben (Staatskonsum) sind zwar seit 2002 tendenziell zurückgegangen, nahmen aber in der Folgezeit wieder zu, blieben jedoch unter denen des BIP und auch des privaten Konsums. Die öffentliche Verschuldung ist kontinuierlich von 43,3 % (2002) auf 28,8 % (2008) des BIP zurückgegangen.

Die Inflationsrate ist seit 2003 tendenziell rückläufig und die slowakische Krone hat zunehmend an Wert gegenüber dem Euro gewonnen. Die Auslandsverschuldung ist eher abwärts gerichtet. Die Quote der ausländischen Direktinvestitionen bezogen auf das BIP ist von 2002 bis 2006 um mehr als das Zweieinhalbfache angestiegen, hat sich jedoch anschließend halbiert.

Wirtschaftsprognosen deuten darauf hin, dass sich das BIP-Wachstum bis 2010 auf einem etwas niedrigeren Niveau von 5 bis 6 % fortsetzen und die Wirtschaft sich weiter konsolidieren wird: Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter 10 % sowie des Leistungsbilanzdefizits auf -3,6 %, der Auslandsverschuldung auf 49 % und der Staatsverschuldung auf 27 %. Bei den Direktinvestitionen aus dem Ausland werden ebenfalls Konsolidierungen bzw. Rückgänge erwartet. Vor dem Hintergrund der jüngsten und gegenwärtigen globalen Wirtschaftsveränderungen sind diese Prognosen allerdings mit Vorsicht einzuschätzen.

Trotz des hohen Wachstums hat die Zahl der Beschäftigten von 2002 bis 2008 nur um 11 % zugenommen. Über ein Drittel dieses Wachstums ging allein auf das Jahr 2006 zurück, was sich auch in der Erhöhung der Beschäftigungsquote um 2,9 % niedergeschlagen hat (vgl. Tab. 9).

Bedenklich ist die Zunahme der regionalen Beschäftigungsdisparitäten. Hier wirkt sich die starke Konzentration der Wirtschaftsaktivitäten insbesondere der Direktinvestitionen auf den urbanen Agglomerationsraum Bratislava aus. Positiv zu vermerken ist, dass die Arbeitslosigkeit und auch die Langzeitarbeitslosigkeit – zwar immer noch sehr hoch – seit 2002 jedoch kontinuierlich rückläufig sind.

Positiv ist ferner, dass die Bruttolöhne sich von 2002 bis 2008 verdoppelt haben. Es ist nicht auszuschließen, dass die zweistelligen jährlichen Zunahmen seit 2004 bereits auf einen Fachkräftemangel und die Bereitschaft der ausländischen Direktinvestoren, relativ hohe Löhne zu zahlen, zurückzuführen sind.

Die Arbeitnehmer konnten insgesamt auch von einer – wenn auch bescheidenen – Reallohnverbesserung profitieren. Diese steht jedoch in keinem adäquaten Verhältnis zum realen Wirtschaftswachstum. Inwieweit ferner alle Lohnempfänger bzw. Einkommensgruppen in gleichem Umfang von diesen Reallohnverbesserungen profitiert haben, ist schwer abzuschätzen. Über die personale

Tabelle 9: Slowakei: Kennzahlen zur Beschäftigung

	2004	2005	2006	2007	2008 ^a
Beschäftigte in Mill.	2,17	2,21	2,30	2,36	2,41
Beschäftigungsquote in %	57,0	57,7	59,4	60,7	
darunter					
weibliche Quote	50,9	51,0	51,9	–	–
regionale Quotenstreuung	9,0	9,8	–	–	–
Jährliche Veränderung in %	0,3	2,1	3,8	2,4	2,9
Arbeitslosenquote in % ^b	18,1	16,2	13,3	11,0	10,3
Langzeitarbeitslosenquote in %	11,8	11,7	10,2	–	–
Bruttolohn:					
monatlich in €	395	448	504	597	695
Jährliche Veränderung in %	14,2	13,4	12,5	11,9	11,7
Jährliche Reallohnveränderung in %	2,5	6,3	3,3	4,3	5,3
a) Nationale Definition. – b) Nationale Definition.					

Quellen: Eurostat, Deutsch-Slowakische Industrie- und Handelskammer.

Einkommensverteilung liegen kaum aussagekräftige repräsentative Aussagen für diesen Zeitraum vor. Die regionale Einkommensverteilung gilt als sehr unausgeglichen. Angaben der Gewerkschaft KOVO (OZ KOVO)¹ beziffern die regionalen Einkommensunterschiede wie folgt (Slowakei insgesamt=100): Region Bratislava 223, Westslowakei 94, Mittelslowakei 83 und Ostslowakei 75.

Vor dem Hintergrund des stürmischen Wirtschaftswachstums in der Slowakei während der letzten Jahre stellt sich die Frage, wie tragfähig diese Entwicklung auf längere Sicht sein wird. Neben der Sicherung gesunder natürlicher Lebensbedingungen (Umweltqualität) hängt die Nachhaltigkeit vor allem davon ab, ob eine Gesellschaft erstens die Qualität der Humanressourcen und die Bildungspotenziale erschließen kann, die die Wirtschaft für ihr Wachstum benötigt², und ob sie zweitens die sozialen Sicherungssysteme schaffen kann, die die Grundlage für einen sozialen Frieden und ein wesentliches Element einer sozialen Marktwirtschaft und damit für einen tragfähigen vitalen Wirtschaftsstandort darstellen. In diesem Zusammenhang stimmt die immer noch hohe Jugendarbeitslosigkeit nachdenklich. Verschiedene Untersuchungen u. a. der OECD und der WELTBANK sehen einen Grund hierfür in strukturellen Schwächen im Bildungssystem. So bemängelt die OECD, dass die Oberschulbildung wenig an die Anforderungen der Wirtschaft angepasst ist.³ Auch die Pisa-Bewertungen der OECD sind eher negativ und liegen weit hinter denen von Tschechien, Polen und Ungarn.⁴ Nach EUROSTAT ist der

Bildungsstand der Jugendlichen in der Altersgruppe der bis 24-Jährigen rückläufig.⁵ Die Einschreibquote für höhere Bildungseinrichtungen liegt in der Slowakei weit unter denjenigen anderer MOEL. Weniger als 5 % der Erwachsenen haben im Jahr 2005 am Programm „Lebenslanges Lernen“ teilgenommen (Slowenien 15 %). Das Arbeitslosigkeitsrisiko für die Jahrgänge der 15- bis 24-Jährigen hat von 25 % (1995) auf 32 % (2004) zugenommen und beträgt laut Berechnungen der WELTBANK für Schüler lediglich mit Grundschulabschluss 51 % und für Absolventen einer beruflichen Lehre immer noch 20 %.

Das Bildungssystem ist ferner geprägt durch Lehrerknappheit insbesondere in den sprach- und naturwissenschaftlichen Fächern. Erhebliche Mängel werden bei der Lehrerfortbildung sowie bei der Berufsbildung und im Lehrlingsausbildungssystem kritisiert.⁶ Auch die Kinderbetreuung im Vorschulalter lässt zu wünschen übrig. Diese Schwächen sind im Zusammenhang mit den staatlichen Ausgaben für den Bildungsbereich und dem Stellenwert zu sehen, der diesem von der Regierungspolitik beigemessen wird. So lagen die Anteile der Ausgaben für die Primär-, Sekundär- und Berufsbildung am BIP 2003 in der Slowakei mit 3,1 % zum Teil erheblich unter denjenigen in Polen (4,3 %), Ungarn (3,7 %) und Tschechien (3,2 %) und weit unter dem OECD-Durchschnitt (3,9 %).⁷

Wie oben erwähnt, ist neben der Qualität der Humanressourcen die Qualität der sozialen Sicherungssysteme für eine tragfähige und nachhaltige sozioökonomische Entwicklung entscheidend. Auch hier sind die Verhältnisse

in der Slowakei unbefriedigend. Der Anteil der Sozialausgaben am BIP lag im Jahre 2004 in der Slowakei mit 17,2 % weit unter dem EU-25-Durchschnitt von 27,3 %. Unter den MOE-Staaten hatten nur Lettland und Litauen einen geringeren Wert. Die Sozialausgaben sind in der Slowakei von 2000 bis 2004 jährlich nur um 0,6 % angestiegen. Der EU-Durchschnitt betrug 2,2 %, während Polen 3,6, Litauen 3,7, Lettland 3,8, Tschechien 4,4 und Ungarn sogar 8,2 % erreichten. Besonders prekär waren die Rückgänge der Ausgaben für die Gesundheitsversorgung (-3,1 %), für Wohnen und gegen soziale Ausgrenzung (-15,4 %), während im EU-25-Durchschnitt die entsprechenden Veränderungen +3,8 % und +2,1 % betragen.

Auch die staatliche Sozialfürsorge war von 2001 bis 2004 rückläufig. Der Anteil der staatlichen Ausgaben für Sozialfürsorge am BIP hat sich von 11,5 % auf 9,9 % verringert. Laut offizieller Statistik leben fast 10 % der Kinder in einem Arbeitslosenhaushalt. Offensichtlich hat der Zentralstaat von 2000 bis 2004 tendenziell seine finanzielle Verantwortung für den sozialen Bereich vermindert.

Hinsichtlich der Altersversorgung weist die OECD (2007) darauf hin, dass die kürzlich durchgeführte Rentenreform die höheren Einkommensbezieher begünstigt (Rentenanstieg +43 %), während die Bezieher niedriger Renten einen Rückgang von 13 % in Kauf nehmen mussten. Das Rentenniveau liegt in der Slowakei zum Teil erheblich unter denjenigen der anderen MOE-Staaten und gemessen am BIP-Anteil auch weit unter dem OECD-Durchschnitt.⁸

Fazit

So lückenhaft und teilweise auch wenig aktuell die vorliegenden Daten zur Situation im Bildungswesen und im Sozialbereich auch sein mögen, besteht dennoch ausreichend Anlass zu der Schlussfolgerung, dass bei der beträchtlichen wirtschaftlichen Entwicklungsdynamik Beschäftigung und Einkommen der abhängig Beschäftigten sowie Bildung und Sozialwesen relativ wenig am Zuwachs der Produktivität und des Volkseinkommens partizipiert haben. Die offizielle Regierungspolitik ist offensichtlich mit diesen Sektoren nachlässig umgegangen.

Das gilt auch im Vergleich mit anderen MOEL. Es besteht beträchtlicher Nachholbedarf, und die Herausforderungen sind enorm, will die slowakische Regierung ihren Entwicklungspfad verstetigen bzw. das Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Literatur

- EUROSTAT (Hrsg.) (2007): Bildungsstand der Jugendlichen; <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal>.
- HYPOVEREINSBANK (Hrsg.) (2007): CEE Report 1/2007, München.
- MACHYNA, EMIL (2006): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Jahrestagung der Otto Bremer Stiftung, 09.11.2006.
- OECD (Hrsg.) (2007a): Economic Survey of the Slovak Republic, chapter 3; <http://www.oecd.org>.
- OECD (Hrsg.) (2007b), Pensions at a Glance – Public Policies across OECD-Countries; <http://www.oecd.org/els/social/ageing/PAG>.
- OECD (Hrsg.) (2006): Education at a Glance, Chart B 2.2.
- OECD (Hrsg.) (2004): Learning for Tomorrow's World: First Results from PISA 2003.
- UHL, SUSANNE und THOMAS RIXEN (2007): Unternehmensbesteuerung europäisch; Gestaltenmitgliedstaatliche Handlungsspielräume gewinnen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, Juni 2007.
- WELTBANK (Hrsg.) (2007a): Doing Business, Economic Rankings, Washington, November 2007.
- WELTBANK (Hrsg.) (2007b): Policy Challenges for Education and Economic Growth in the Slovak Republic, Report No. 40193, Washington.

¹ Vgl. MACHYNA (2006).

² Vgl. hierzu WELTBANK (2007b).

³ Vgl. OECD (2007a).

⁴ Vgl. OECD (2004).

⁵ Vgl. EUROSTAT (2007).

⁶ Vgl. OECD (2007a) und WELTBANK (2007).

⁷ Vgl. OECD (2006).

⁸ Vgl. OECD (2007b).

Zur Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland

Wolfgang Nagl*

Nachdem die Bundeskanzlerin Mitte dieses Jahres eine Angleichung der Rentenwerte in Ost- und Westdeutschland angeregt hat, greifen zurzeit vor allem Politiker aus Ostdeutschland diesen Vorschlag im Rahmen einer Altersarmutsdebatte auf. Die zentrale Überlegung ist dabei, dass Altersarmut vor allem ein ostdeutsches Problem ist, dem man durch eine Anhebung des Rentenwertes auf Westniveau begegnen könnte. Darüber hinaus wird argumentiert, dass 20 Jahre nach der Vereinigung ein getrenntes Rentenrecht in Ost- und Westdeutschland politisch nicht länger vermittelbar ist.

Zur Angleichung der Ost-Renten werden im politischen Raum zwei verschiedene Varianten diskutiert. Neben diesen Vorschlägen hat auch der SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (SVR) in seinem aktuellen Jahresgutachten eine Empfehlung für eine homogene Rentenberechnung in ganz Deutschland vorgestellt. Nach der Darstellung der Sachlage sollen deshalb im Folgenden die beiden Varianten einer Rentenwertanhebung im Osten analysiert und eingeordnet werden, bevor abschließend eine knappe Darstellung des SVR-Vorschlags erfolgt.

Vereinfacht ausgedrückt, berechnet sich die ausbezahlte Rente aus dem Produkt von aktuellem Rentenwert und den im Laufe des Erwerbslebens erworbenen Entgeltpunkten. Diese beiden Größen werden momentan noch getrennt in Ost- und Westdeutschland bestimmt, führen aber in ihrem Zusammenwirken dazu, dass zumindest für den so genannten Eckrentner (Rentner mit 45-jähriger Beitragsdauer bei einem durchgängig dem jeweiligen Durchschnitt der Bruttolöhne entsprechenden Arbeitseinkommen) keine Benachteiligung der Rentner in Ostdeutschland festzustellen ist. Zwar liegt der aktuelle Rentenwert im Osten derzeit mit 23,34 € um 12,1 % niedriger als im Westen (26,56 €). Es werden jedoch die in Ostdeutschland im Durchschnitt um 15,5 % niedrigeren Bruttoarbeitsentgelte mit einem Hochrechnungsfaktor multipliziert, um zu verhindern, dass die niedrigeren Durchschnittsverdienste in den neuen Ländern auch künftig zu niedrigen Rentenansprüchen führen. Der Hochrechnungsfaktor beträgt für 2008 1,1827, sodass sichergestellt ist, dass ein Bruttoeinkommen in Höhe des ostdeutschen Durchschnitts auch zu genau einem Entgeltpunkt führt. Rentenrechtlich sind Durchschnittsverdiener in Ostdeutschland und Westdeutschland damit gleichgestellt.

Zwar fällt die Eckrente in Ostdeutschland aufgrund des niedrigeren Rentenwertes um 144,90 €¹ geringer aus

als in Westdeutschland; der Rückstand ist mit 12 % aber geringer als bei den Durchschnittsverdiensten der Beschäftigten (15,5 %). Zudem beziehen ostdeutsche Männer im Durchschnitt 36 €² mehr und ostdeutsche Frauen sogar 182 € mehr gesetzliche Rente als die entsprechenden Gruppen in Westdeutschland, weil sich hier längere kontinuierliche Beschäftigungszeiten und eine geringere Einkommensstreuung in der DDR widerspiegeln.

Die unterschiedliche Berechnung der Renten in Ost- und Westdeutschland war vor dem Hintergrund einer erwarteten schnellen Angleichung der Löhne in Ostdeutschland sachgerecht, zumal damit keine Schlechterstellung der ostdeutschen Rentner verbunden war. Akzeptanzprobleme ergeben sich vielmehr dadurch, dass angesichts der Verwerfungen in der ostdeutschen Lohnstruktur (überproportionale Tariflohnangleichung im öffentlichen Dienst) und der Hochwertung auch von dauerhaft niedrigen Einkommen in Ostdeutschland (aber nicht in Westdeutschland) das Prinzip der „Teilhabeäquivalenz“, das das deutsche Rentenversicherungssystem kennzeichnet, nicht länger erfüllt ist. Insoweit scheint es in der Tat Zeit für einen Übergang zu einem einheitlichen Rentensystem in Ost- und Westdeutschland.

Vorschlag 1

Bei dieser von der Bundesregierung angedachten Variante³ wird eine Anhebung des Ostrentenwertes auf das westdeutsche Niveau angestrebt. Einhergehend damit soll ab diesem Zeitpunkt aber die rentenrechtliche Hochrechnung der ostdeutschen Bruttoeinkommen wegfallen.

Diese Variante begünstigt zunächst einmal alle Bestandsrentner, da deren Renten entsprechend der Anhebung des Rentenwertes steigen werden. Gleichzeitig wird damit schlagartig auch für alle bereits erworbenen Entgeltpunkte ein höherer Rentenanspruch erreicht, sodass für eine Zeitlang auch die Neurentner hiervon noch profitieren können. Langfristig allerdings führt diese Variante für ostdeutsche Arbeitnehmer zu einer Situationsverschlechterung. Der Grund hierfür liegt darin, dass derzeit der Aufwertungsfaktor bei Ermittlung der Entgeltpunkte

* Wolfgang Nagl arbeitet als Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung.

höher ist als die Differenz bei den Rentenwerten in Ost- und Westdeutschland. Eine Beispielrechnung mit dem aktuellen durchschnittlichen ostdeutschen Jahresverdienst von 25.437 € und dem aktuellen Rentenwert zeigt, dass die vom Zeitpunkt der Umstellung aus einem durchschnittlichen Einkommen erworbenen Entgeltpunkte in Zukunft nur noch einen um knapp 4 % geringeren Rentenanspruch generieren (vgl. Tab. 1).

Solange das Lohnniveau in Ostdeutschland nicht an das in Westdeutschland angeglichen ist, verschlechtert sich somit die Situation für ostdeutsche Arbeitnehmer. Kurz- und mittelfristig können sie sich allerdings besser stellen, da jeder Entgeltpunkt mit dieser Variante sofort mehr wert ist. Fiskalisch würden auch sofort Mehrbelastungen entstehen, da die ausgezahlten Ost-Renten um fast 14 % steigen würden.

Vorschlag 2

Diese Variante wurde im Oktober 2008 von der Bundestagsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen. Dabei soll analog zu Variante 1 der Rentenwert im Osten auf das Niveau im Westen steigen, allerdings soll die Hochwertung der Bruttoeinkommen in Ostdeutschland beibehalten werden (vgl. Tab. 2).

Diese Variante würde nicht nur bestehende Rentenansprüche erhöhen, sondern infolge der Beibehaltung der Hochwertung auch zu einer Zunahme aller künftigen Renten um fast 14 % führen. Soweit es zu einer Annäherung der Lohnsätze in Ostdeutschland an westdeutsches Niveau kommt, werden damit die künftigen Ost-Rentner gegenüber den Rentnern in Westdeutschland bevorzugt. Hinzu kommt, dass Bezieher höherer Renten

in absoluten Werten auch stärkere Rentensteigerungen erwarten als die Bezieher niedrigerer Renten. Als gezielte Maßnahme zur Verbesserung der Einkommenssituation von Beziehern geringer Renten kann diese Variante somit nicht bezeichnet werden. Die Mehrausgaben für die Abdeckung der gestiegenen Rentenansprüche werden vom Sachverständigenrat in seinem aktuellen Jahresgutachten für das Jahr 2009 auf 6,4 Mrd. € veranschlagt.⁴ Hinzu kommt, dass sich dadurch die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge weiter zu Gunsten ostdeutscher Rentenbezieher verschieben würden. Neben dieser fraglichen Verteilungswirkung könnten sich daraus verfassungsrechtliche Probleme aufgrund des Gleichbehandlungsgebotes ergeben.

Vorschlag 3

Dabei handelt es sich um den Vorschlag einer besitzstandswahrenden Umbasierung, welche der SVR in seinem aktuellen Jahresgutachten 2008 vorschlägt. Die Idee dahinter ist, dass ab einem bestimmten Stichtag ein einheitlicher gesamtdeutscher Rentenwert eingeführt wird, der betragsmäßig zwischen dem aktuellen Rentenwert West und Rentenwert Ost liegt. Alle bis dahin erworbenen Rentenansprüche werden entsprechend angepasst, um eine Wahrung der bis dato erworbenen Ansprüche zu gewährleisten. Der nominale Rentenauszahlungsbetrag zu diesem Zeitpunkt bleibt konstant. So wird der im Verhältnis in Ostdeutschland nach der Harmonisierung höhere Rentenwert durch eine Herabsetzung der bereits erworbenen Entgeltpunkte ausgeglichen. Für Westdeutschland gilt dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen.

Tabelle 1: Rentenanspruch bei einem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst in Ostdeutschland nach derzeitigem Rechtsstand und nach dem Reformvorschlag der Bundesregierung

	Bruttoverdienst	Entgeltpunkte	Rentenwert	Monatliche Rente
Aktuell	25.437 €	1	23,34 €	23,34 €
Variante 1	25.437 €	0,846	26,56 €	22,47 €

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 2: Rentenanspruch bei einem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst in Ostdeutschland nach derzeitigem Rechtsstand und nach dem Reformvorschlag der Bundestagsfraktion Die Linke

	Bruttoverdienst	Entgeltpunkte	Rentenwert	Monatliche Rente
Aktuell	25.437 €	1	23,34 €	23,34 €
Variante 2	25.437 €	1	26,56 €	26,56 €

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Der Vorteil dieser Variante ist die Verteilungsneutralität. Im Umstellungszeitpunkt wird der Status quo gewahrt. Die zukünftigen Verteilungswirkungen hängen von der Lohndynamik in beiden Teilen Deutschlands ab. Bei einem Gleichbleiben der Lohndifferenz bleibt die Situation der Bestandsrentner in beiden Landesteilen gleich. Allerdings würden sich dann die zukünftigen Rentner in Ostdeutschland relativ zur heutigen Situation schlechter stellen, da ihre Bruttoentgelte nicht mehr hoch gewertet werden. Dementsprechend würden zukünftige Rentner im Westen durch den geringeren gesamtdeutschen Durchschnittsverdienst davon profitieren. Auch von einer zunehmenden Angleichung des Lohnniveaus im Osten an das im Westen würden die westdeutschen Rentner gegenüber dem Status quo begünstigt, da sich der Rentenwert in diesem Fall stärker erhöhen würde als bei isolierter Betrachtung. Für die ostdeutschen Rentner wäre dies hingegen in der Tendenz eine relative Verschlechterung der Situation.

Die konkreten fiskalischen Konsequenzen dieses Vorschlags lassen sich schwer abschätzen. Tendenziell stehen längerfristig etwas höheren Auszahlungsbeträgen im Westen geringere im Osten gegenüber. Eine eventuelle Mehrbelastung der Rentenversicherung sollte gegebenenfalls aber sehr gering ausfallen.

Fazit

Aus rentensystematischen Gründen ist eine einheitliche Rentenbestimmung in ganz Deutschland fast 20 Jahre nach der Wiedervereinigung ein wünschenswertes Ziel. Die in der öffentlichen Diskussion vorgebrachten verteilungspolitischen Argumente können hingegen nicht überzeugen. Deswegen ist eine bloße Angleichung des ostdeutschen an den westdeutschen Rentenwert allerdings keine sinnvolle Lösung, unabhängig davon, wie mit der bisherigen rentenrechtlichen Hochwertung von Einkommen in Ostdeutschland umgegangen wird. Der vom SVR vorgeschlagene Weg über eine besitzstandwahrende Umbasierung erscheint daher als die bessere Alternative, da er verfassungsrechtlich unbedenklich und im Umstellungszeitpunkt verteilungs- und aufkommensneutral ist.

¹ SVR, Jahresgutachten 2008, Ziffer 621.

² Vgl. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2008/11/2008-11-12-renten-zahlen.html>, Abruf 18. 11. 2008.

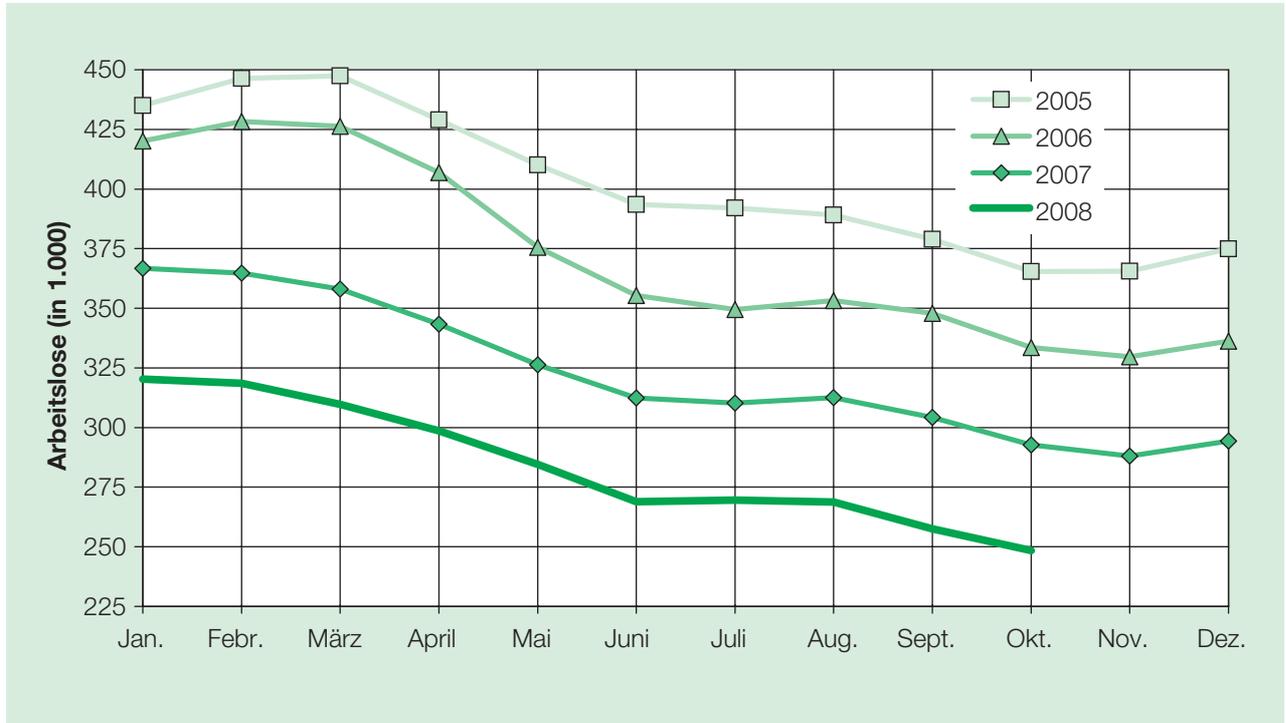
³ Vgl. <http://de.reuters.com/article/idDEBEE4A70A720081108>, Abruf 18. 11. 2008.

⁴ SVR, Jahresgutachten 2008, Ziffer 638.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

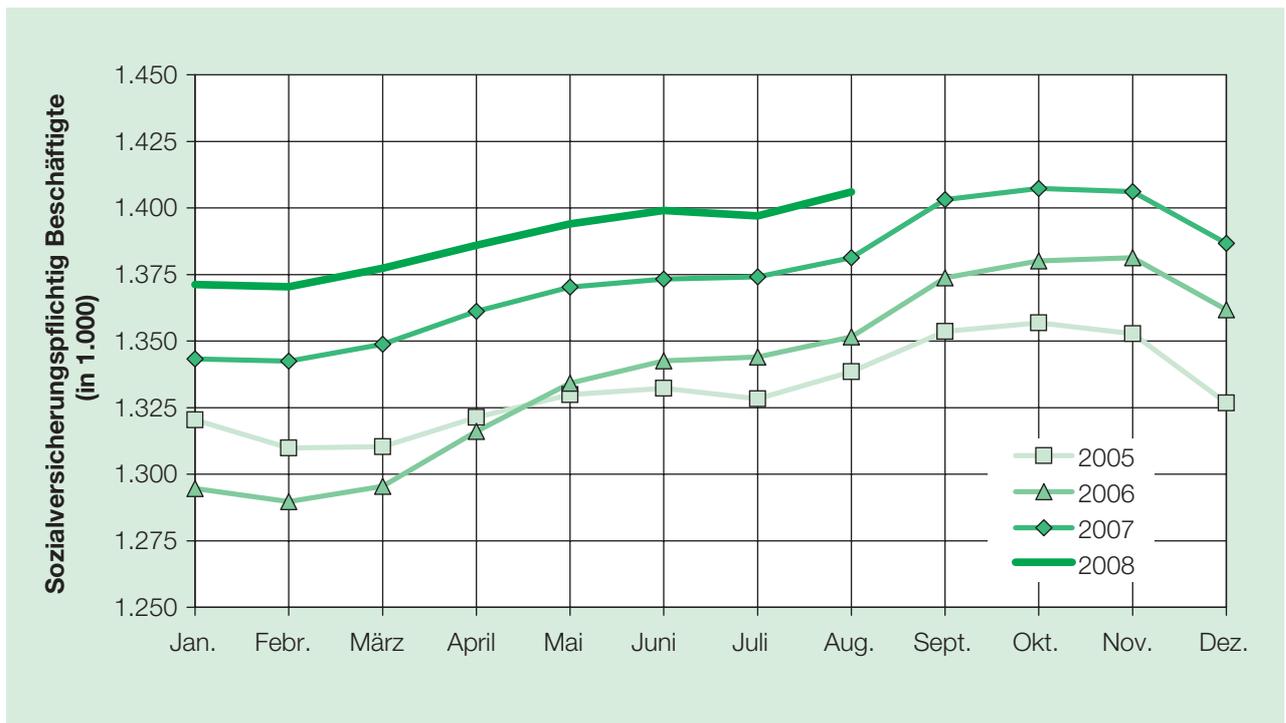
ct

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2005 bis 2008)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2005 bis 2008)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Aug. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	740	737	731	7,0	7,2	6,8	17,7	17,7	20,0
Mecklenburg-Vorp.	521	520	516	6,0	5,8	7,7	12,0	12,4	13,4
Sachsen	1.406	1.397	1.381	15,1	16,3	18,1	30,7	32,9	35,9
Sachsen-Anhalt	751	743	740	8,8	8,8	7,7	18,7	18,8	19,8
Thüringen	741	736	731	9,3	10,0	9,5	17,0	16,9	19,4
D Ost (mit Berlin)	5.245	5.214	5.154	56,3	58,3	60,6	118,1	120,4	131,2
D West (ohne Berlin)	22.434	22.227	21.972	338,0	352,7	361,7	221,4	220,2	232,1
D gesamt	27.678	27.442	27.126	394,4	411,0	422,3	355,2	356,9	379,9

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Okt. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Okt. 2008	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	158	163	181	11,7	12,1	14,9	38,8	38,9	44,0
Mecklenburg-Vorp.	109	112	128	12,5	12,7	15,8	30,0	30,6	36,7
Sachsen	248	258	293	11,5	11,9	14,9	39,3	39,3	44,6
Sachsen-Anhalt	154	160	185	12,3	12,8	15,9	41,5	41,1	44,0
Thüringen	119	122	141	9,9	10,2	12,7	37,0	37,1	43,0
D Ost (mit Berlin)	1.007	1.039	1.169	11,8	12,2	15,1	37,8	37,8	42,1
D West (ohne Berlin)	1.990	2.042	2.265	6,0	6,1	7,6	36,0	35,7	40,0
D gesamt	2.997	3.081	3.434	7,2	7,4	9,2	36,6	36,4	40,7

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Gemeldete Stellen nur für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im konjunkturellen Abschwung. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im November zum sechsten Mal in Folge zurückgegangen (vgl. Abb. 1). Dem allgemeinen Trend folgend, hat sich das Geschäftsklima zuletzt auch in Sachsen und in Ostdeutschland insgesamt markant verschlechtert. Die sächsischen Unternehmen haben im Vergleich zum Oktober per saldo nicht nur die Perspektiven sondern auch die Lage deutlich pessimistischer beurteilt.

Schwerpunkt: Entwicklung im Bauhauptgewerbe Sachsens

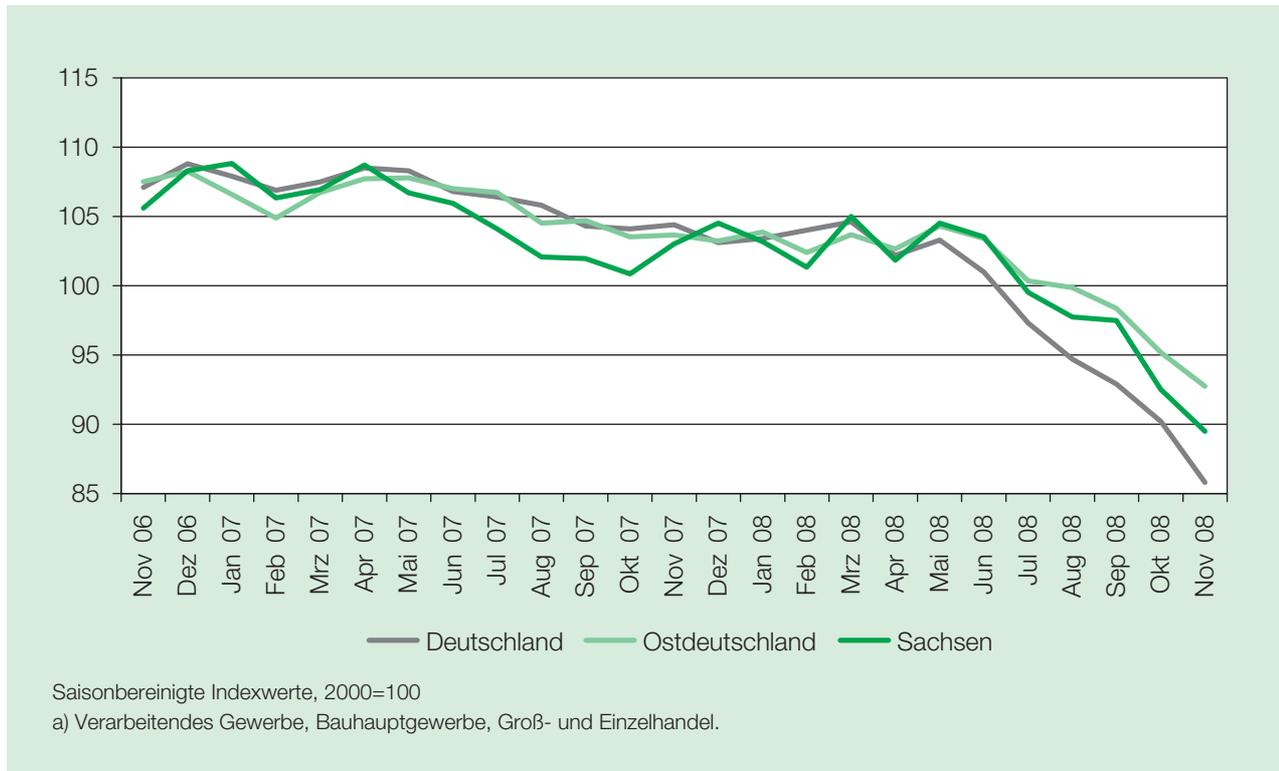
Im sächsischen Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima entgegen dem allgemeinen Trend im November leicht verbessert (vgl. Abb. 2). Die Geschäftslage wurde jüngst per saldo zwar geringfügig schlechter als im Vormonat bewertet; in den Meldungen zu den Perspektiven zeigte sich aber wieder etwas mehr Optimismus. Dies könnte im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket der Bundesregierung stehen, das unter anderem eine Erhöhung der Ausgaben in die Verkehrsinfrastruktur vorsieht. Die durchschnittliche Geräteauslastung lag im November bei 73,3 % und damit ähnlich hoch wie im Oktober (73,1 %). Auch in Hinblick auf die durchschnittliche Reichweite der Auftragsbestände war zuletzt kaum eine Veränderung feststellbar. Sie nahm im Vormonatsvergleich von 2,1 Monate auf 2,0 Monate ab. Nach

Angaben der amtlichen Statistik ist der baugewerbliche Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 4,0 % über das Vorjahresniveau gestiegen (Monatsmelder im Bauhauptgewerbe). Überdurchschnittlich hohe Zuwächse wurden demnach in den Bereichen Wohnungsbau (5,8 %) und öffentlicher Bau (9,5 %) erzielt. Im Wirtschaftsbau, dem in der jüngeren Vergangenheit wichtigsten Zugpferd der Bauindustrie, verharrte der Umsatz hingegen auf dem Wert des Vorjahres. Der Auftragseingang ist im Durchschnitt der Bausparten in den ersten drei Quartalen um 5,6 % gestiegen. Dies deutet darauf hin, dass das Bauhauptgewerbe auch im nächsten Jahr, trotz des schwieriger werdenden Umfelds, einen leicht positiven Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten wird.

Wichtiger Hinweis

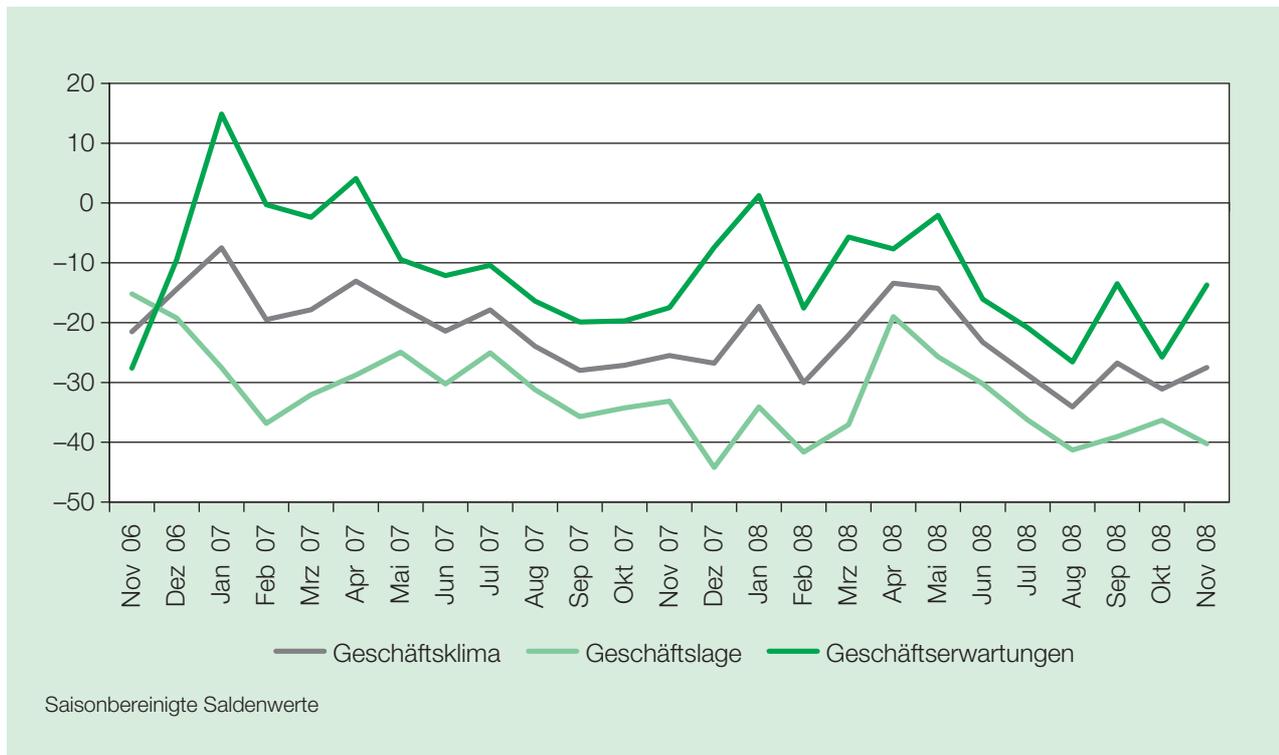
Zum Berichtsmonat August 2008 sind einige Zeitreihen aus der Regionalauswertung des ifo Konjunkturtests für das Bundesland Sachsen und die neuen Bundesländer insgesamt rückwirkend revidiert worden. Dies betrifft die Zeitreihen für die gewerbliche Wirtschaft, das verarbeitende Gewerbe und das Bauhauptgewerbe, auf die neue Gewichtung- und Aggregationsschemata angewendet wurden. Die Zeitreihen der Bereiche Groß- und Einzelhandel sind hingegen von diesen Veränderungen nicht betroffen. Mit dieser Revision wurde den seit Mitte der 1990er Jahre erfolgten Strukturveränderungen Rechnung getragen. Die neuen Zeitreihen sind methodisch uneingeschränkt mit den entsprechenden gesamtdeutschen Zeitreihen vergleichbar.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe Sachsens und seine Komponenten
die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden**



Quelle: ifo Konjunkturtest

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	3. Quartal 2008	2. Quartal 2008	3. Quartal 2008	2. Quartal 2008	3. Quartal 2008	2. Quartal 2008
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	3,0	3,1	2,8	2,8	3,7	3,2
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	86,1	87,1	83,1	86,2	84,8	86,0
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	3,5	12,1	10,0	10,9	3,9	5,4
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-9,8	-1,4	-4,4	-0,5	-3,4	-1,6
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	16,1	12,6	15,2	8,5	15,9	8,2
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,5	2,4	2,1	2,1	1,8	2,0
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	69,4	68,7	73,2	71,5	72,2	73,9
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-13,9	-11,0	-14,7	-11,4	-19,5	-6,1
Baupreise – Erwartungen ^b	-9,8	-6,5	-9,8	-7,6	-9,9	-10,9
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	6,7	14,3	-11,0	0,7	-24,7	8,7
Bestellpläne ^b	-9,4	0,5	-17,5	-11,4	-16,5	4,1
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	25,6	38,3	37,5	41,9	45,2	54,0
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	-16,7	-1,0	-12,7	-12,7	-16,3	-13,0
Bestellpläne ^b	-21,5	-9,5	-21,1	-15,0	-15,1	-10,3
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	23,1	27,7	26,5	32,1	24,6	19,4
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). – a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Der dritte **ifo Workshop** zum Thema „**Makroökonomik und Konjunktur**“ wurde am **20. und 21. November 2008** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden abgehalten. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung und der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg organisiert. Der Fokus der Vorträge lag auf den Bereichen Konjunkturforschung und empirische Forschungsarbeiten zur Konjunktur mit den regionalen Schwerpunkten Deutschland und Europa. Zentrale Anliegen der Veranstaltung waren der Austausch und die Diskussion aktueller Forschungsergebnisse sowie die verbesserte Vernetzung der Konjunkturforschung in Deutschland.

Am **28. und 29. November 2008** fand ebenfalls in der ifo Niederlassung Dresden der zweite **CESifo Workshop „Political Economy“** statt. Der Workshop wurde gemeinsam von CESifo, der ifo Niederlassung Dresden und der Technischen Universität Dresden veranstaltet. Der zweitägige Workshop bot ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Bereich Political Economy.

ifo Vorträge

Am **16. Oktober 2008** fand in Berlin eine vom ifo Institut (Niederlassung Dresden) organisierte Konferenz des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zum Thema „**Cleantech in Ostdeutschland**“ statt. Dr. Joachim Ragnitz, Managing Director der Niederlassung, stellte wesentliche Ergebnisse einer Studie des ifo Instituts zu den „**Perspektiven der Cleantech-Industrie in Ostdeutschland**“ vor.

Im Rahmen der CESifo Konferenz „**Reform of the Welfare State: A New European Model**“, die am **20. Oktober und 01. November 2008** in München stattfand, hielt Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, einen Vortrag zum Thema „**Demographic Change, Gerontocracy and Fiscal Competition**“.

Am **23. Oktober 2008** nahm Joachim Ragnitz an einer Podiumsdiskussion zum Thema „**Demographischer Wandel und der Bedarf an Weiterbildung**“ der Bundesagentur für Arbeit in Chemnitz teil.

Anlässlich einer Tagung des „**Gesprächskreises Neue Länder**“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am **25. und 26. Oktober 2008** in Cadenabbia (Italien) präsentierte er darü-

ber die nächste Veranstaltung im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** ist für den **19. Januar 2009** geplant. Gastredner wird Prof. Dr. Kai Carstensen, Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Makroökonomie und Konjunkturforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Bereichsleiter Konjunktur und Befragungen am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München, sein. Er wird einen Vortrag zum Thema „**Macroeconomic Pricing Models – What Can We Learn from ifo Survey Data?**“ halten.

Die Vortragsreihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** will einen Beitrag zur öffentlichen Diskussion über aktuelle wirtschaftspolitische Themen leisten, indem sie ausgewiesenen Wirtschafts- und Finanzwissenschaftlern die Möglichkeit bietet, ihre neuesten Erkenntnisse einem breiten Publikum zu präsentieren. Die Vorträge sind öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

ber hinaus neue Forschungsergebnisse des ifo Instituts zu den finanzpolitischen Perspektiven der ostdeutschen Länder.

Die Umverteilungswirkungen des deutschen Steuer- und Transfersystems waren Gegenstand eines Vortrags, den Joachim Ragnitz anlässlich einer Tagung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz) und der Chinese Academy of Social Sciences (CASS) hielt, die am **29./30. Oktober 2008** in Peking (China) stattfand.

Am **04. November 2008** hielt er einen Vortrag zum Thema „**Überholen ohne Einzuholen – die Planbarkeit von Kreativität und das Scheitern der Planwirtschaft**“ anlässlich einer Ringvorlesung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Ende der DDR in Dresden. Ebenfalls in Dresden nahm er am **05. November 2008** als Sachverständiger an einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtags zur Reform der Nachweispflichten der ostdeutschen Länder im Solidarpakt II teil.

Am **06. November 2008** fand in Berlin das diesjährige „**Forum der Kommunalen Wirtschaftsförderer**“ statt.

Joachim Ragnitz war daran mit einem Plenumsvortrag zum Thema „Demographische Entwicklung in Deutschland und ihre Konsequenzen für die kommunale Wirtschaftsförderung“ beteiligt.

Am **10. November 2008** hielt Joachim Ragnitz vor der Rotarier-Vereinigung „Blaues Wunder“ in Dresden einen Vortrag zum Thema „Nachwende-Denkmuster und ihre Auswirkungen auf die heutige Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland“.

Zur Frage einer angemessenen „Industriepolitik in Ostdeutschland“ hielt er am **11. November 2008** einen Vortrag an der Universität Leipzig.

Am **13. und 14. November 2008** fand in der Akademie für öffentliche Verwaltung Sachsens in Meißen eine Fortbildungsveranstaltung zur demographischen Entwicklung statt, die von Joachim Ragnitz geleitet wurde. Hierbei hielt er einen Einführungsvortrag zum Thema „Demographische Entwicklung in Ostdeutschland“ sowie ein Referat zu den „Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die raumstrukturelle Entwicklung in Sachsen“.

Am **24. November 2008** nahm Joachim Ragnitz mit einem Vortrag zur „Wirtschaftlichen Lage in Thüringen nach der Finanzkrise“ an einer Veranstaltung des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung in Erfurt teil.

ifo Veröffentlichungen

BERLEMANN, M. und G. VOGT (2008): „Kurzfristige Wachstumseffekte von Naturkatastrophen. Eine empirische Analyse der Flutkatastrophe vom August 2002 in Sachsen“, in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 31(2), 2008, S. 209–232.

HAU, H. und M. THUM (2008): „Wie (in-)kompetent sind die Aufsichtsräte deutscher Banken?“, in: ifo Schnelldienst 19(61)2008, S. 27–29.

ifo intern

Frau **Beate Schirwitz**, Doktorandin der ifo Niederlassung Dresden, weilte vom 01. 10. bis 17. 11. 2008 zu einem Forschungsaufenthalt bei Prof. Dr. Wälde an der University of Glasgow, Großbritannien.

Die Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden freuen sich über weiteren Nachwuchs aus den Reihen der Kollegen. Frau **Beate Henschel**, wissenschaftliche Mitarbeiterin

bei ifo Dresden, hat im November 2008 ein Mädchen zur Welt gebracht. An dieser Stelle gratulieren wir noch einmal herzlich.

Frau **Sabine Engelmann**, Doktorandin der ifo Niederlassung Dresden, hat im November 2008 die Niederlassung Dresden verlassen. Sie will sich zukünftig ganz der Fertigstellung ihrer Dissertation widmen.